

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis: sechs Monate 3.00 RM., monatlich 1.30 RM., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1876.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen... für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 11. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mexiko und die nordamerikanische Union.

Von Heinrich Cunow.

I.

Die Nachrichten über den Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit der mexikanischen Republik lauten immer widersprüchlicher. Nach den letzten telegraphischen Meldungen aus New York soll Carranza, der mexikanische Diktator, alle Forderungen der Wilsonschen Regierung abgelehnt, diese aber trotzdem dem Führer der amerikanischen Strafexpedition, dem General Pershing, befohlen haben, sich nordwärts zurückzuziehen.

Wieweit diese Angaben richtig sind, läßt sich, da wir zuerst fast nur auf Neumeldungen angewiesen sind, schwer beurteilen; soviel ergibt sich jedoch immerhin aus der ganzen Lage, daß, wenn tatsächlich Pershing sich aus seiner gefährlichen Stellung in Nord-Chihuahua gegen den Rio grande del Norte zurückzieht, dieser Rückzug jedenfalls viel weniger auf einem freiwilligen Entschluß der Wilsonschen Regierung, als auf Zwang beruht. Freilich möchte Wilson heute gern das im März begonnene mexikanische Abenteuer aufgeben. Es paßt schlecht in die jetzige Zeit der Agitation für die Präsidentschaftswahl hinein, zumal die republikanischen Wahlmänner bereits gegen Wilson die höchst zweifelhaften Erfolge der Pershingischen Strafexpedition auszunutzen beginnen. Zudem scheint selbst ein Teil jener amerikanischen Großkapitalisten, die nach der sogenannten Suprematie der Vereinigten Staaten über Mexiko streben, der jetzigen Zeitpunkt für ein kriegerisches Eingreifen in die mexikanischen Verhältnisse schlecht gewählt, denn wenn ein Krieg mit Mexiko auch nicht die großen Lieferungen von Kriegsmaterialien an die Ententemächte völlig verhindern würde, so könnte er doch das profitable Geschäft manigfaltig stören. Auch ist man jetzt so schön im Zuge, sich in Mittel- und Südamerika des von den Engländern gezwungenermaßen vernachlässigten Kapitalanlage-, Bank- und Großhandelsgeschäfts zu bemächtigen, und durch diese Bemühungen würde ein Krieg gegen Mexiko einen dicken Strich machen, denn die Sympathien der Geschäftskreise des spanischredenden Amerikas stehen entschieden auf Seite Mexikos.

Andererseits aber weiß die Wilsonsche Regierung nur zu wohl, daß eine einfache Aufgabe der sogenannten Strafexpedition einen großen Verlust an Prestige nicht nur in Mexiko, sondern in ganz Mittel- und Südamerika bedeuten würde, und doch die Abrechnung nur hinauszuschieben, nicht zu verhindern vermöchte, denn die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben sich in den letzten Jahren derart zugehäuft, daß ihre Ausprägung fast unvermeidlich erscheint. Der Yankee (in Mexiko verächtlich „Gringo“, das heißt „Quatscher“, genannt) wird, wenn man von gewissen geschäftlich zu dem nordamerikanischen Kapital in engeren Beziehungen stehenden mexikanischen Kapitalistenkreisen absteht, in ganz Mexiko als der widerlichste und anmaßendste Ausländer betrachtet. Er gilt gewissermaßen als Typ des brutalsten Ausbeutertums.

So schwankt denn Herr Wilson hin und her. Er möchte einen hartnäckigen Krieg vermeiden und doch nicht das mexikanische Abenteuer in einer Weise liquidieren, die ihm bei der Präsidentschaftswahl schwer schaden könnte. Daher die Unschlüssigkeit in seinem ganzen Verhalten.

Vom kapitalistischen Standpunkt ist durchaus begreiflich, daß der Blick der amerikanischen Großkapitalisten, wenn manchem auch heute ein kriegerisches Eingreifen wenig in seine Geschäftspekulationen paßt, sich begehrlieh nach Mexiko richtet. In den letzten Jahrzehnten haben die Interessen des Yankee-Kapitals in Mexiko nach und nach eine derartige Bedeutung erlangt, daß sie die des englischen Kapitals immer mehr überholt haben, und doch enthält Mexiko noch so beträchtliche brachliegende Bodenreichtümer, daß sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte viele Milliarden aus dem Lande heraushehlen lassen. Der Außenhandel Mexikos ist bereits größtenteils in den Händen der Nordamerikaner. An der Einfuhr Mexikos, die in den letzten Jahren vor dem Kriege (einschließlich Edelmetall) jährlich 400 bis 432 Millionen Mark betragen hat, war die nordamerikanische Union zur Hälfte beteiligt, an der Ausfuhr, die sich auf 617 bis 631 Millionen Mark belaufen hat, fast mit drei Vierteln. Erst in weitem Abstand folgen England und Deutschland, das an der mexikanischen Ausfuhr noch nicht mit einem Zwanzigstel, an der Einfuhr ungefähr mit einem Neuntel beteiligt gewesen ist.

Noch weit mehr kommt das enorme Kapital in Betracht, das von nordamerikanischen Kapitalisten in der mexikanischen Baumwoll- und Minenindustrie, in Petroleumquellen und Delfeldern sowie in Großfarmbetrieben angelegt ist und auf beinahe 5 Milliarden Mark geschätzt wird. Besonders in der Erwerbung von Bodenbesitz haben die Nordamerikaner die Engländer weit überholt, die mehr im Bankwesen und in der Industrie vorteilhafte Kapitalanlagen suchten. Neben einigen mexikanischen Großgrundbesitzern, die während der Diazschen Konzeptionswirtschaft riesige Bodenstrecken an sich gebracht haben — einzelne darunter an 4 bis 6 Millionen Hektar — haben auch manche Nordamerikaner, wie F. D. Harriman, William Randolph Hearst, Garrison Gray Pitts, die Suggen-

heims usw. großen Landbesitz zusammengerafft. Ebenso gehören die Eisenbahnen Mexikos größtenteils nordamerikanischen Kapitalisten. Von den sich auf 200 Millionen nordamerikanische Dollar (= 460 Millionen mexikanische Dollar) belaufenden Aktien und den Obligationenwerten der Ferrocarriles Nacionales de Mexiko, zu denen fast alle wichtigen Bahnen Mexikos gehören, befindet sich der weitaus größte Teil in Yankeehänden, wie denn auch die Finanzzentrale der ganzen Verwaltung in New York ihr Domizil hat, während in Mexiko nur ein örtlicher Verwaltungsausschuß die Geschäfte führt.

Diese Kapitalanlagen möglichst auszunutzen, zu mehrern und durch neue Konzessionen zu ergänzen, liegt natürlich den beteiligten nordamerikanischen Großkapitalisten recht sehr am Herzen — doch leider werden ihre schönen Wünsche durch die Unbeständigkeit der mexikanischen Regierungen und die bald hier, bald dort ausbrechenden inneren Unruhen immer wieder gestört. Dazu kommt, daß schon während der letzten Jahre der Regierungszeit des Präsidenten Porfirio Diaz, der mit kurzer Unterbrechung von 1876 bis 1891 den Präsidentensitz inne hatte, die einseitige Bevorzugung der Yankees aufgehört hat. Gatten bis dahin die nordamerikanischen Kapitalisten bei der Vergebung neuer Land-, Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen die fettesten Wässer erhalten, so wandte nun Herr Diaz seine Gunst deren englischen Rivalen zu. Besonders wurde das Konsortium des Dr. F. S. Pearson, das die meisten Elektrizitätswerke des Landes (auch elektrische Bahnen) und die Hauptanteile der Mexiko Northwestern Railway besitzt, sowie die Firma S. Pearson u. Son, die an großen Delfeldern beteiligt ist, daneben aber auch die verschiedenartigsten Staatsarbeiten und die Hafenanlagen von Salina Cruz und Coahuacalcos sowie die Stahneisenbahn ausgeführt hat, von Diaz reichlich mit schönen Konzessionen, Staatsaufträgen und Staatssubventionen bedacht.

Das war für die Yankee-Kapitalisten, die sich aus ihrer Vorzugsstellung verdrängt sahen, sehr schmerzhaft. Während bisher Porfirio Diaz in der nordamerikanischen Finanz- und Truspresse — ebenso wie in den englischen und deutschen Handels- und Börsenblättern — als der große Staatsmann gepriesen worden war, der durch seine Unterstützung von Industrie und Handel Mexiko einer hohen Blüte entgegengeführt habe (die Verschwendung des in Kaderboden, Bergwerken, Delfeldern usw. bestehenden mexikanischen Nationalvermögens wie auch die Verelendung der unteren Volksklassen und die zunehmende Staatsverschuldung kamen für diese Presse nicht in Betracht), schlug jetzt der Wind um, bis man schließlich vielfach offen für die politischen Gegner des Diaz, vornehmlich Francisco Madero, Partei nahm. Immerhin tauchte in den Vereinigten Staaten die Forderung auf, die Vereinigte Staaten Regierung müsse die Interessen ihrer an mexikanischen Industrieanlagen beteiligten Kapitalisten energischer schützen; sie dürfe deshalb auch vor einem Eingreifen in die inneren Verhältnisse Mexikos nicht zurückschrecken. Freilich von einer Besitzergreifung Mexikos wollte eigentlich der Großkapitalismus der Union nie etwas wissen, auch heute noch nicht; denn damit würde Mexiko unter die amerikanischen Verfassungsgesetze und die Bundesaufsicht geraten, und das würde der kapitalistischen Ausnutzung Mexikos vielfach hinderlich sein. Weit lieber wäre den beteiligten Kapitalisten, die sich größtenteils zur republikanischen Partei zählen, eine „Kubanisierung“ Mexikos, eine Art Oberhoheit der Vereinigten Staaten, die die mexikanische Regierung zwänge, vor allem die Interessen der Yankee-Kapitalisten zu berücksichtigen und diese möglichst frei schalten zu lassen, die aber die eigentliche Verantwortung für alle Maßnahmen der mexikanischen Regierung selbst zuschöbe.

Tatsächlich ist denn auch an dem erzwungenen Rücktritt des Porfirio Diaz im Mai 1911 das amerikanische Großkapital keineswegs unbeteiligt gewesen, wenn auch von einer eigentlichen, direkten Unterstützung der Maderoschen Revolution durch die Regierung der Vereinigten Staaten kaum die Rede sein kann. Doch diese Geschichte des Sturzes der Diazschen Korruptionsherrschaft mit ihren Folgen ist nicht nur so charakteristisch für die politischen Verhältnisse Mexikos, sie hängt auch mit den jetzigen Wirren und dem heutigen Konflikt zwischen Mexiko und der nordamerikanischen Union so eng zusammen, daß sie in einem zweiten Artikel näher geschildert werden soll.

Der Kanzler kein Flaumacher und Englandsfreund.

Auf eine Polemik der „Deutschen Tageszeitung“ antwortet der Reichskanzler erneut in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Die „Deutsche Tageszeitung“ meint in einer Entgegnung auf die Bemerkungen vom Sonnabend, die Behauptung, „man“ habe im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flaum- und Schlaumacher hinstellen wollen, dürfte unbeweisbar sei. Daß man das gar nicht tun konnte, dafür habe schon die Zensur Sorge getragen. Diese Erwiderung wird allen Leuten, die die Fingigkeit eines gewandten Publizisten zu schätzen wissen, nur ein vergnügtes Lächeln abnötigen. „Man“ kann das sehr gut, auch trotz der Zensur, und wie man es macht, darüber geben unzählige Artikel der „D. Tagesztg.“ lehrreichen Aufschluß. Die

Zeitung wird sich auch selbst erinnern, daß sie trotz ihrer Kunst, zwischen den Zeilen lesen zu lassen, gelegentlich die Zensur zum Einschreiten nötigte.

In ihren weiteren Bemerkungen liefert dieselbe Zeitung sogleich ein paar Beispiele. Sie meint, die Flaum- und Schlaumacher hätten immer den Anschein erwecken dürfen, als teile die Regierung ihren Standpunkt. Wir glauben, daß niemand außer den Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ an besondere Verbindungen zwischen dem Bund „Neues Vaterland“ und der Regierung glauben, niemand ohne die versteckten Hinweise der „D. T. Z.“ den Eindruck haben konnte, der Reichskanzler sei Führer oder Werkzeug einer anglophilen Partei, die nur an baldigen Frieden mit England denke und darum England ja nicht zu nahe treten wolle.

Ein weiteres Beispiel: Dieselbe Zeitung stellt die angeblich rein negative und schattenhafte Formulierung der Kriegsziele des Reichskanzlers nach Westen mit der negativen Tatsache unserer politischen Kriegsführung nach Westen, also wohl mit der Politik der Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten in der U-Bootfrage, zusammen und meint, aus diesem Zusammenfallen wüchsen Sorgen und Zweifel an dem entscheidenden Willen zum Siege. Wir meinen, daß die „D. T. Z.“ in auswärtigen Fragen Urteilsfähigkeit genug besitzen müßte, um zu sehen, daß die Gründe für die „schattenhafte Formulierung“ der Ziele nach dem Westen mit den Gründen der Behandlung unseres Verhältnisses zu Amerika gar nichts zu tun haben. Wenn es der „Deutschen Tageszeitung“ darauf ankäme, Verständnis und Vertrauen zu fördern, würde sie gewiß darauf verzichten, anzudeuten, daß beide Dinge, die „schattenhafte Formulierung“ der belgischen Garantien und die Vermeidung des Krieges mit Amerika, irgendwie mit einer zaghaften Schonung Englands zusammenhängen.

Endlich soll der Reichskanzler wieder in Gefahr sein, als Flaumacher zu gelten, wenn er nicht den Abgeordneten Scheidemann abschüttelt, weil dieser in einer Breslauer Versammlung behauptet hat, vom Reichskanzler gehört zu haben, daß er die in der Denkschrift der sechs Verbände aufgestellten Eroberungspläne keineswegs billige. In Besorgnis um das Ansehen des Reichskanzlers in weitesten Volksteilen beruft sich die „Deutsche Tageszeitung“ darauf, daß die Angabe des Abgeordneten Scheidemann in vollem Gegensatz zu der Auffassung stehe, welche die Vertreter der sechs Verbände selbst bei ihren Unterredungen mit dem Kanzler und dessen Äußerungen hatten. Der Reichskanzler hat im Laufe der Kriegszeit viele Personen verschiedener Parteien und Berufe, Fraktionsvorstände, Vertreter wirtschaftlicher Gruppen, Männer der Feder, empfangen und in wechselndem Zusammenhang häufiger auch vertrauliche Ansichten über den künftigen Frieden ausgetauscht. Kleiner aber, auch die Vertreter der sechs Verbände nicht, kann von ihm mit der Auffassung geschieden sein, daß er sich mit jenen Zukunftsvorstellungen der Denkschrift identifiziere.

Ist nun etwa der ein Weichling und schwachmütiger Politiker, der anderer Ansicht ist als die sechs Verbände? Ist die Verkündung von Zielen, die nach ihrer Möglichkeit ungewiß und nach ihrer Richtigkeit bestritten und zweifelhaft sind, das wahre Zeichen von Mut und überlegener Einsicht?

Jedenfalls hat unser Großmeister der Staatskunst den Wert seiner Friedensschlüsse niemals allein nach der Größe der Gebietsveränderungen bemessen, deshalb auch niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben getrachtet, sondern Kern und Stern seines Wirkens war immer: Wie mache ich am zweckmäßigsten und dauerhaftesten mein deutsches Vaterland einig, stark und zur freien Entfaltung seiner Kräfte unangreifbar? Die Grund- und Richtlinie der Bismarckschen Prozis darf in dem heroischen Verteidigungskampfe um das Werk, das er bald mit Blut und Eisen, bald mit weiser Rührung schaffen half, auch gegenüber der Forderung nicht vergessen werden, daß wir aus diesem Kriege stärker hervorgehen, als wir hineingegangen sind.

Dem nachzusinnen, dünkt uns eine bessere Vorbereitung auf die Friedenserörterungen als das Pantieren mit groben Kategorien und eingebildeten Kümernissen.

Der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ zitierte Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ lautet im wesentlichen:

„Die Behauptung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß von der anderen Seite „neues Mißtrauen“ gegen den Reichskanzler „verleitet“ werde, müssen wir zurückweisen; wir haben jedenfalls den Sorgen und Zweifeln, die in weitesten Kreisen unseres Volkes gehegt werden, immer nur in maßvoller Weise Ausdruck gegeben; wenn man aber von vorhandenen Tatsachen in verhältnismäßig sehr zurückhaltender Art Kenntnis gibt, kann man damit unmöglich diese Tatsachen verschleiern und vertuschen. Auch die Behauptung, „man“ habe im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flaum- und Schlaumacher hinstellen wollen, dürfte unbeweisbar sein. Daß „man“ das gar nicht tun konnte, dafür hat doch schon die Zensur Sorge getragen. Was man zum Ausdruck bringen konnte und was auch allgemein bekannte Tatsache ist, das ist, daß die Flaum- und Schlaumacher im deutschen Volke immer wieder den Anschein erwecken konnten, als teile die Regierung ihren Standpunkt — und daß die Regierung niemals Gelegenheit genommen hat, diese Kreise ungewöhnlich von sich abzuschnitten. Den Fall Scheidemann, der ja in dieser Beziehung besonders bezeichnend ist, haben wir erst gestern wieder behandelt.“

Wenn nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Forderungen, die der Reichskanzler bisher in der Öffentlichkeit über die Kriegsziele getan hat, ganz kurz skizziert, so tritt in diesem knappen Umriß fast noch ausführlicher als in der letzten Reichstagsrede des Kanzlers die rein negative Formulierung des Kriegszieles nach Westen hervor. Wenn der leitende Staatsmann sich über das Kriegsziel nicht in ganz bestimmten Einzelheiten äußert, so macht ihm das schließlic niemand zum Vorwurf, obwohl wir eine nähere Darlegung im jetzigen Stadium des Krieges längst nicht mehr als unmöglich, eine positiv gehaltene, für nützlich, ja nötig ansehen. Erweckt werden Sorgen und Zweifel aber zunächst dadurch, daß diese negative und reichlich schattenhafte Formulierung des Kriegszieles im Westen zusammenfällt mit der wichtigsten — und wiederum negativen — Tatsache unserer politischen Kriegsführung. Daraus ergeben sich dann von selbst Zweifel an „entscheidenden Willen zum Siege“, da ein voller Sieg jedenfalls von der Frage nicht zu trennen ist, ob wir England, die große Kraft der feindlichen Koalition, wirksam angreifen können, wollen oder müssen.

Die „Krenz-Zeitung“ schrieb zu den Auslassungen der „Norddeutschen“ vom Sonnabend:

„Aber war es denn richtig, durch Unterbindung jeder sachlichen öffentlichen Kritik an der Zeitung unserer auswärtigen Politik die Fortsetzung solcher vertraulichen Denkschriften geradezu zu probieren? Die immer wiederholte Erklärung, daß das Vertrauen zum Reichskanzler vaterländische Pflicht sei, kann es nicht schaffen, an allerwenigsten wenn Erklärungen wie die im obigen zweiten Absatz enthaltene hinzugefügt werden, die einleitend und verbindend nicht zu wirken vermögen, weil sie neue Verschuldungen ausprechen, über die nach Lage der Dinge eine sachliche Auseinandersetzung nicht möglich ist.“

Daß die Regierung heute in der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ ihre konkretesten Friedensbedingungen veröffentlicht, das verlangt niemand. Aber daß sie die Vertrauensmänner der Öffentlichkeit über ihre Absichten aufklärt und in dieser entscheidungsbollen Frage mit den lebendigen Kräften des Volkslebens Fühlung zu gewinnen sucht, das halten wir allerdings für nötig.

„Berliner Neueste Nachrichten“:

„Allerdings hat sich der Kanzler seither in seinen Reden gewandelt. Das ist ein Hoffnungsstrahl. Mehr aber noch nicht, wenn man Scheidemanns Indiskretion und die „bedauerlich ausweichende“ Antwort der „Nordd. Allgem. Ztg.“ in Erwägung zieht.“

Zuzugeben ist allein, daß die erwähnten drei Kanzlerreden immer positiver wurden (gleichwohl beharrten Dr. Landsberg und Herr Scheidemann öffentlich bei ihrer Auffassung von der grundsätzlichen Haltung des Kanzlers). Im übrigen vergleiche man, wie es mit den Kriegsziele und ihrer Förderung während des Krieges 1870/71 stand und wie es damit im Lager unserer Feinde selbst bestellt ist. Dann kennt man Recht und Unrecht der nationalen Beschwerden bei uns, besonders, wenn man dann noch die bitterböse und tief ungerichte Verfolgung rein sachlichen Meinungsaustausches in den Kreisen politischer Gesinnungsgenossen hinzuzieht. Fast wie in dem Zeitalter des Fürsten Metternich, schien in Deutschland die nationale Bewegung verfolgt zu werden.“

Die „Berliner Volkszeitung“ hält die Kriegsziele des Kanzlers für weitgehend:

„Man wird zugeben müssen, daß die hier angeführten Kriegsziele in der Tat scharf genug umrissen und weitreichend sind. Bei dem ganz abweichenden Standpunkt der alldeutschen Gegner Bethmann Hollweg ist aber kaum anzunehmen, daß sie sich nach dieser Wiederholung plötzlich damit zufrieden geben werden.“

Das „Berliner Tageblatt“ verteidigt scheinbar die Haltung des Kanzlers, hält aber die Mitteilungen der „Norddeutschen“ über die Kriegsziele des Kanzlers in Wirklichkeit für zu wenig negativ: „Auch uns schienen die Erklärungen, die Herr v. Bethmann Hollweg im Reichstag gegeben hat, nicht deutlich genug. Sie ließen den einzelnen Parteien und Gruppen im Lande die Möglichkeit zu sehr verschiedenartiger Auslegung, und sie ließen vor allem der feindseligen Auslandspresse die Möglichkeit zu behaupten, die deutsche Regierung beabsichtige sowohl nach Westen wie nach Osten hin sehr weitgehende Annexionen. . . Der Zweck dieser Behauptung, die in der ganzen feindlichen Presse immer wiederkehrt, ist ein doppelter: die gegen uns lämpfenden Völker sollen zum äußersten Widerstand angespornt und nach dem Friedensschluß soll gesagt werden, daß Deutschland seine laut verkündeten Kriegsziele nicht erreicht, also auch keinen Sieg errungen habe. Um solche Absichten zu vereiteln, wäre es wünschenswert gewesen, daß der Reichskanzler in absolut unzweideutiger Weise gesagt hätte, welche Ziele er nicht erstrebe und nie erstrebt habe, auf welche der ihm vorgelegten Ziele Deutschland ein für allemal und unter allen Umständen freiwillig verzichte. Wenn er aber jetzt gedrängt wird, über den Rahmen dessen hinaus, was er im Reichstag gesagt hat, positive Kriegsziele, also ein Programm fest umschriebener Forderungen für den Friedensschluß, mitzuteilen, so ist das wohl nur mit dem Bedürfnis zu erklären, irgendwas zu schreiben oder zu sagen.“

Die liberale „Bosnische Zeitung“ steht der Politik des Kanzlers kritisch gegenüber:

„Die erste Antwort gipfelte in der Forderung: „Erläutere, dann fragen.“ Wir haben alle Wertschätzung sowohl für diese hübsche Prägung als überhaupt für das Talent des Verfassers, den wir zu kennen glauben, journalistisch geschickt zu schreiben und ursprünglich zu denken. Aber man wird in die Wichtigkeit seines Vorworts erhebliche Zweifel gerade dann setzen müssen, wenn man der Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ recht geben will, daß der Kanzler in seinen letzten Reden die Sicherung der Stellung Deutschlands in der Welt nicht bloß als negatives, sondern als positives Kriegsziel verkündet habe. Es gibt unendlich viel Möglichkeiten, diese Sicherung zu erreichen. Alle diese Möglichkeiten hängen selbstverständlich in ihrer Erfüllung von der Art des Kriegsausganges ab. Aber es ist nach unserer Auffassung die Aufgabe des Staatsmannes, nicht erst dann zu fragen, wenn geschlagen worden ist, sondern nach Möglichkeit sich für jede Eventualität des Ausganges vorher die Ziele zu überlegen.“

Es gibt in Deutschland viele, die unterrichtet sein könnten und die daran glauben, daß der Friede uns näher ist, als man gemeinhin annimmt. Wann ist denn nun aber der Augenblick gekommen, in dem man fragen darf: Es muß doch schon jetzt in den Köpfen unserer leitenden Staatsmänner ein Plan, ein führender Gedanke für alle Möglichkeiten bestehen. Und ist es nun unbedeutend, wenn weite Kreise den Wunsch hegen, über diese Pläne sich mit dem Kanzler und seinen Beratern auszusprechen? . . .

Man weiß nur zu gut, daß eine ganze Reihe der Kriegsziele heute noch nicht diskutiert werden kann. Nicht nur, weil dadurch die Stellung unserer Unterhändler gegenüber dem Feind geschwächt werden würde, sondern auch, weil man auf diese Weise leider auch unseren Freundschaften nicht nützen würde. Wir sagen leider, weil wir die Auffassung haben, daß mindestens die Lösung dieser Fragen, die unsere Feinde erst in zweiter Linie angehen, schon weiter gefördert sein müßte, als es tatsächlich der Fall ist. Und ein großer Teil der Besorgnis und des brennenden Fragens vieler Volksgenossen richtet sich gerade auf solche Punkte.“

Die „Germania“ scheint von den Mitteilungen der „Norddeutschen“ im wesentlichen bestiebt zu sein:

„Er ging von dem ganz gesunden Gedanken aus, nicht das äble Vorbild unserer Gegner nachzuahmen, die von vornherein ihre Ziele möglichst weit stecken und nun, da sie vor der Unmöglichkeit stehen, sie durchzuführen, eine Forderung nach der anderen streichen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 10. Juli 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Somme dauert der schwere Kampf fort. Immer wieder schiden unsere tapferen Truppen den Angreifer in seine Sturmstellungen zurück und wo sie seinen sich dichtauf folgenden Angriffswellen vorübergehend Raum geben mußten, haben sie ihn durch raschen Gegenstoß wieder geworfen; so wurden das Wäldchen von Trones den dort eingedrungenen Engländern, das Gehöft La Naissonette und das Dorf Barleux den Franzosen im Sturm wieder entzogen und gegen den Feind in Hardecourt vorgearbeitet. Am Ovillers wird ununterbrochen Mann gegen Mann gekämpft. Im Dorfe Biaches haben die Franzosen Fuß gefaßt, zwischen Barleux und Bezon sind ihre vielfachen Angriffe unter den größten Verlusten reiflos zusammengebrochen, weiter westlich hinderte unser Sperrfeuer sie am Verlassen ihrer Gräben.

Zwischen dem Meere und der Ancre, im Gebiet der Aisne, in der Champagne und östlich der Maas frischen die Feuerkämpfe zeitweise auf; zu Infanterietätigkeit kam es westlich von Waretton, östlich von Armentières, in der Gegend von Tahure und am Westrande der Argonnen, wo vorstehende französische Abteilungen abgewiesen wurden. Bei Hallach, bei Givenchy und auf Banquois sprengten wir mit gutem Erfolg.

Der Flugdienst war beiderseits sehr rege. Unsere Flieger haben fünf feindliche Flugzeuge (eins bei Menport-Bad, zwei bei Cambrai, zwei bei Bapaume) und zwei Fesselballons (je einen an der Somme und an der Maas) abgeschossen.

Die Oberleutnants Walz und Gerlich haben ihren vierten, Leutnant Lessers seinen fünften, Leutnant Parschan seinen achten Gegner außer Gefecht gesetzt. Dem letzteren hat Seine Majestät der Kaiser für seine hervorragenden Leistungen den Orden pour le mérite verliehen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teil der Front hat sich abgesehen von einem vergeblichen russischen Angriff in Gegend von Strobowa (östlich von Gorodischtsche) nichts Wesentliches ereignet.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger
Der gegen die Stochob-Linie vorrückende Feind wurde überall abgewiesen; ebenso schreiteten seine Vorstöße westlich und südwestlich von Luck.

Deutsche Fliegengeschwader griffen feindliche Unterkünfte östlich des Stochob erfolgreich an.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer
Patrouillentätigkeit und erfolgreiche Gefechte im Vorgelände.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unsere Vorposten südlich des Dojran-Sees schlugen feindliche Abteilungen durch Feuer ab.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Vereinzelt Vorstöße des Feindes wurden abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront beschränkte sich die Gesechtstätigkeit auf Artilleriefeuer und Luftkämpfe. Unsere Seeflugzeuge warfen auf die Adriawerke neuerdings Bomben.

Zwischen Brenta und Etsch wurde an mehreren Stellen erbittert gekämpft. Gegen unsere Linien südöstlich der Cima Dieci führten starke Alpintruppe mehrerer Angriffe, die von Abteilungen unserer Infanterieregimenter Nr. 17 und 70 unter schwersten Verlusten des Feindes abgeschlagen wurden. Ueber 800 tote Italiener liegen vor unseren Gräben; nachts schreitere ein feindlicher Vorstoß im Raume des Monte Interotto. Im Abschnitt östlich des Brandtales griffen Alpini Balmorbia und den Monte Corna an, gelangten auch in den Besitz dieses Berges, verloren ihn aber wieder dank eines Gegenangriffes unserer tapferen tiroler Landeschützen, denen sich hier 455 Italiener ergaben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Bei Tagesanbruch traf unser Kreuzer „Novara“ in der Drottstrasse auf eine Gruppe von vier oder — wie alle dabei gemachten Gefangenen übereinstimmend angeben — von fünf armerikanischen Ueberwachungsdampfern und zerstörte sie alle durch Geschützfeuer. Alle Dampfer sanken brennend, davon drei nach Explosion der Kessel. Von ihren Besatzungen konnte die „Novara“ nur neun Engländer retten.

Flottenkommando.

müssen, sondern er wollte Realpolitik im besten Sinne des Wortes treiben, die von dem militärisch Erreichten ausgehend ihre Bedingungen formuliert. In diesem Sinne hat er noch im April unseren Feinden zugerufen, sie möchten bei der Zurückweisung der deutschseits hingehaltenen Friedenshand wohl bedenken, daß unsere „realen Garantien“, die wir fordern müssen, je größer werden, je länger der Krieg dauere, und er konnte das sagen aus der begründeten Erwägung heraus, daß jeder weitere Monat Krieg unsere militärische Lage ohne jeden Zweifel verbessern werde. Aus dieser Haltung darf man schließen, daß der Kanzler am Tage des Friedensschlusses für Deutschland fordern und nehmen wird, was er vernünftigerweise auf Grund der dann bestehenden Verhältnisse erlangen kann. Jedenfalls lassen seine wiederholten Kundgebungen nicht Raum für begründete Zweifel an solcher Realpolitik, und darum hat er ein Recht, Vertrauen auf Zeit zu fordern, nämlich bis zu dem Moment, wo sich endgültig wird übersehen lassen, wie weit wir in unseren Forderungen gehen können.“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Auf beiden Seiten der Somme war die Nacht ruhig. Die Gesamtzahl der gestern bei Hardecourt gemachten Gefangenen beträgt 633, darunter 10 Offiziere. An der Nordfront von Verdun beschossen die Deutschen andauernd die Abschnitte von Châtancourt, Fleury und der Batterie von Damfouy. Westlich des Waldes von Apremont versuchten die Deutschen zwei Handtruppen gegen die Stellungen von Croix Saint Jean. Eine ihrer Abteilungen drang in einen französischen Graben ein, wurde aber unmittelbar durch Handgranatenkampf wieder daraus vertrieben; die andere wurde zerstreut, noch bevor sie an unsere Gräben herankommen konnte. In den Bogenen griffen die Deutschen gegen Tagesende nach einer heftigen Beschießung ein Werk südlich des Hügel von Sainte Marie an. Der Angriff scheiterte in unserem Feuer. Im Laufe der Nacht glückte eine kleine französische Unternehmung nördlich des Hartmannsweilerkopfes vollständig. Die Franzosen brachten ein Maschinengewehr und 14 Gefangene zurück.

Paris, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlicher Bericht vom Sonntag abend. Südlich der Somme ist kein Ereignis zu melden. Südlich der Somme begannen wir im Laufe des Tages eine Offensivunternehmung östlich von Blaucourt auf einer Front von ungefähr 4 Kilometer vom Flusse ab bis nördlich von Belloy-en-Santerre. Auf der ganzen Angriffslinie eroberten unsere Truppen die feindlichen Stellungen in einer Geländetiefe von 1 bis 2 Kilometer. Wir bemächtigten uns des Dorfes Biaches und richteten unsere Stellungen auf einer Linie ein, die von diesem Dorfe bis in die Nachbarschaft von Barleux verläuft. Bei diesen Unternehmungen machten wir 300 Gefangene. Auf den beiden Ufern der Maas ziemlich große Artillerietätigkeit, namentlich in den Abschnitten Fleury und des Huminwaldes.

Belgischer Bericht. Sehr lebhaft gegenseitige Artillerieunternehmungen in verschiedenen Abschnitten der belgischen Front. In der Umgegend von Dignuiden wurden an mehreren Stellen deutsche Batterien zum Schweigen gebracht. Das Beschützungsfeuer, das mit Erfolg auf feindliche Arbeiten östlich von Steenstraete wieder aufgenommen wurde, führte zu heftiger Erwidern und rief einen Kampf mit Bombentwürfen hervor, der sich zu unserem Vorteil wandte.

Die englische Meldung.

London, 9. Juli. (B. Z. B.) Amlich. Haig meldet: In der letzten Nacht war zwischen Ancre und Somme die Gesechtstätigkeit beträchtlich weniger heftig, als in den beiden letzten Tagen. Wir machten weitere Fortschritte in der Nachbarschaft von Ovillers. In einem anderen Abschnitt eroberten wir eine Gruppe besetzter Gebäude. Die Deutschen machten keine weiteren Versuche, die verlorenen Stellungen, die von unseren Truppen nördlich von Givenchy gehalten werden, wiederzugewinnen. Nach einer heftigen Beschießung eines Teiles des von neuseeländischen Truppen gehaltenen Abschnittes gelang es dem Feinde nach einem heftigen östlichen Angriff an einer Stelle in unsere Gräben einzudringen. Nach halbständigem Kampfe wurde er jedoch durch die neuseeländischen Truppen wieder hinausgeworfen. Es blieben viel Deutsche tot in unseren Gräben liegen.

London, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlicher Bericht vom Sonntag. Die feindliche Artillerie war tätig. Artilleriekämpfe in verschiedenen Abschnitten. Wir rüdten wiederum angesichts hartnäckigen Widerstandes in der Nachbarschaft von Ovillers weiter vor. Der Feind unternahm am Nachmittag zwei wütende Gegenangriffe auf unsere neuen Stellungen am Walde von Trones in dem Bemühen, seine Verluste der letzten Woche wieder einzubringen. Beide Angriffe brachen unter unserem Artilleriefeuer vollständig zusammen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlicher russischer Bericht vom 9. Juli. Westfront: Die Offensiv der tapferen Truppen des Generals Lech wirkt in der Richtung auf den unteren Stochob weiter fortgesetzt. Der Feind zieht sich in großer Unordnung zurück. Südlich der Eisenbahn Sarny—Kowel eroberten wir im Laufe des Kampfes die Dörfer Dulewicz (4 Kilometer südlich dieser Bahnlinie) und Kozjowa (16 Kilometer südlich dieser Bahnlinie), weiter südlich in der Gegend der Dörfer Arsenowitschi (8 Kilometer nördlich Solul), Janowka (6 Kilometer nordwestlich Solul), Ducheze (8 Kilometer westlich Solul) sind ausgedehnte Brände. Western im Bereich der heftigen Kämpfe besetzten die tapferen Truppen des Generals Leischytski in Südgalizien den wichtigen Eisenbahnnotenpunkt Delatyn.

In Pinski, das der Feind geräumt hat, nahmen wir die Kriegsmunitiondepots, hauptsächlich Stahlschuttschilde, Handgranaten, Patronen und Stacheldraht. — Im Abschnitt ostnordöstlich Waranowitschi dauern die erbitterten Kämpfe gegen den Feind, der mit außerordentlicher Zähigkeit handhält, an.

Kaukasus. Wir wiesen durch unser Feuer in der Nacht vom 7. Juli zum 8. Juli in der Gegend westlich Platana türkische Angriffe ab. Westlich der Stadt Erzerum eroberten unsere Truppen eine Reihe türkischer Stellungen und machten dabei 67 Offiziere, darunter zwei Regimentskommandeure und Bataillonsführer, und 788 Soldaten zu Gefangenen und eroberten 7 Maschinengewehre und ein Geschütz.

Anmerkungen des B. Z. B.: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Meldung, Pinski sei von den Russen genommen, glatter Funden.

Petersburg, 10. Juli. (B. Z. B.) Amlicher russischer Bericht vom Sonntagabend. Westfront. In der Bukowina, westlich Kimpolung trieben wir den Feind, der eine Menge Leichen auf dem Felde zurückließ, bei den Dörfern Hundul—Moldowi (18 Kilometer westlich Kimpolung) und Waleputna (14 Kilometer südwestlich Kimpolung) zurück und machten 7 Offiziere, 850 Soldaten zu Gefangenen. Nach einer genauen Zählung nahm die Armee des Generals Leischytski in der Zeit vom 28. Juni bis 7. Juli 674 Offiziere und 80 876 Soldaten gefangen und eroberten 18 Geschütze, 100 Maschinengewehre, 14 Munitionswagen. An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Schwarzes Meer: Ein feindliches Unterseeboot versenkte ohne vorherige Warnung das Hospitalsschiff „Aperiope“, das alle Erkennungsgesichen trug. Sieben Leute kamen dabei um, die übrigen wurden gerettet.

Kaukasus: Im Laufe der Kämpfe westlich Erzerum machte eine unserer Kolonnen 60 Offiziere und 4 Regimentsärzte sowie 1060 Soldaten zu Gefangenen und erbeutete außerdem eine Menge Waffen, Patronen und anderes Pioniermaterial.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. Juli. (B. Z. B.) Verspätet eingetroffen. Amlicher Bericht. Zwischen Etsch und Astach kräftige Artillerietätigkeit. Die feindlichen Batterien beschossen gestern mit besonderer Heftigkeit die Abhänge des Monte Rajo. Nördlich der Posina widersteht noch der Monte Cimone unseren Angriffen,

während unsere Infanterie weiter in der Richtung auf die Flüsse
Freddo und Alich Fortschritte macht. Auf der Höhe der
Sieben Gemeinden setzten uns Artillerielämpf und lebhaft
Infanterieangriffe in den Besitz der feindlichen Stellungen in
der Umgebung der Caserta Zebio und der Pozzohütte. Wir
machten 850 Gefangene, darunter 5 Offiziere, und erbeuteten
drei Maschinengewehre. Die plöglich vom Gegner gegen
die von uns eroberten Stellungen unternommenen heftigen Gegen-
angriffe wurden unter sehr schweren Verlusten sämtlich zurück-
geworfen. Im Campesellatae führen wir erfolgreich fort, feindliche
Abteilungen von den Hängen der Höhen östlich des Masobaches zu
vertreiben. Wir nahmen dem Feinde 102 Mann ab. Auf dem
übrigen Teile der Front Artillerielämpf. Der Gegner versuchte
gestern im Abschnitt von Montalcone zwei Angriffe gegen die
neuen Stellungen östlich von Sels. Nach einem erbitterten Kampfe
wurde er mit dem Bajonet zurückgeschlagen. Er ließ etwa dreißig
Gefangene in unseren Händen. Unsere Flugzeuge beschossen gestern
die feindlichen Stellungen nördlich von Bolano im Lagarinatale.
Sie sind unverletzt heimgekehrt.
Cadorna.

Rom, 9. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Im
Boden des oberen Aftachales meidet man im Kessel von Volino
und längs der Richtung des Aftachales Fortschritte unserer In-
fanterie. Bei Jorni sammelt man Waffen, Munition und vom
Feinde zurückgelassenes Kriegsmaterial. Auf der Höhe der
Sieben Gemeinden hinderte gestern blüher Nebel die Artillerie-
tätigkeit. Im Abschnitt der Front weiter nördlich nahmen wir im
Sturm feindliche Verschanzungen nördlich von Monte Ghisa und
bemächtigten uns des Col Agnella. Wir machten an 40 Gefangene.
Im oberen Campesellatale besetzten unsere Truppen den Col San
Giovanni. Längs der Front zeigte sich die feindliche Artillerie
hauptsächlich in den Abschnitten von Tolmeo und Plava und auf
den Höhen nordwestlich von Görz tätig. Sie wurde überall von
unserer Artillerie bekämpft. In der Gegend von Montalcone
schlugen wir in der Nacht zum 8. Juli zwei neue feindliche Angriffs-
versuche gegen die kürzlich von uns eroberten Stellungen zurück.
Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 10. Juli. (W. Z. B.) Hauptquartier-
bericht vom Sonntag.

An der Front und in Persien keine Veränderung.
An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel
nichts von Bedeutung, abgesehen von Scharmücheln zwischen
Aufklärungsabteilungen. Ein feindlicher Angriff gegen den
Abschnitt im Zentrum wurde unter großen Verlusten für
die Russen zurückgeschlagen; wir machten 35 Gefangene. Auf
dem linken Flügel wurden schwache feindliche Angriffe völlig
abgeschlagen.
Sonst ist nichts zu melden.

Deutsches U-Boot nach Baltimore gelangt.

London, 10. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus
New York, in dem gemeldet wird, daß ein deutsches
Unterseeboot mit einer wertvollen Ladung Farb-
stoffe in Baltimore angekommen ist. Zwanzig Meilen
von der Küste wurde das Unterseeboot von britischen und
französischen Kreuzern verfolgt, wodurch seine Ankunft um
vier Tage verzögert wurde.

Baltimore, 10. Juli. (W. Z. B.) (Reutermeldung.)
Das hier angekommene deutsche Unterseeboot namens
„Deutschland“ erhebt Anspruch darauf, ein unbe-
waffnetes Handelsschiff zu sein, das Frachten
fährt. Seine Ladung ist an Schumacher u. Co. in Balti-
more konfigniert. Sie besteht aus Farbstoffen und Medi-
zinen. Lefe, der Kapitän der Lauge Torpedo-Co. in
Bridgeport (Connecticut) erklärt, er beabsichtige, einen
Prozess gegen die „Deutschland“ anzustrengen, da
sie die Patente der Lefe Co. verletzt habe. Die Offiziere der
„Deutschland“ stellen in Abrede, daß das Unterseeboot von
feindlichen Kriegsschiffen verfolgt wurde und erklären, daß
sie weder britische noch französische Kriegsschiffe gesehen haben.
Ein Küstenschuttfahrer folgte der „Deutschland“ auf ihrer
Fahrt nach der Chesapeake-Bai. Der Grund hierfür wurde
nicht angegeben, aber es verlautet, daß das Unterseeboot
unter Aufsicht bleiben soll. Die Firma Schumacher ist Agent
des Norddeutschen Lloyd.

Neue Minister in England.

London, 8. Juli. (W. Z. B.) „Daily Chronicle“
erfährt, daß folgende Ernennungen von Ministern beschlossen
sind: Montague Munitionsminister, Tennant
Sekretär für Schottland, Mac Kinnon Wood Kanzler des
Herzogtums Lancaster und Sekretär des Schatzamtes,
Arthur Lee Jivillord der Admiralität.

„Manchester Guardian“ schreibt im Leitartikel,
Sir Edward Grey's Uebertritt ins Oberhaus
sei tatsächlich das Ende einer großen politischen
Laufbahn. Der Krieg habe ihn stark mitgenommen.
Wenn er nur seinen eigenen Interessen folgte, würde er die
wohlverdiente Ruhe suchen. Aber wenigstens für eine gewisse
Zeit werde er die Bürde seines Amtes noch weiter tragen.

Die französischen Sozialisten und die Geheimstimmungen der Kammer.

Nicht alle Franzosen, auch nicht alle französischen Sozia-
listen sind mit den Arbeiten des geheimen Komitees zufrieden.
Die geheimen Sitzungen waren gefordert worden, weil man
Aufklärung über die weitere Kriegführung haben wollte. Ist
der Zweck erreicht worden? Wir können das nicht aus eigenem
beurteilen, denn die Sitzungen waren so streng von der
Außenwelt abgeschlossen, daß kein Sterbenswörtchen hinaus-
dringen konnte, und doch scheint es, als ob das, was in der
geheimen Sitzung gesagt wurde, in breiter Öffentlichkeit hätte
vorgelesen werden können, ohne dem Gegner irgend etwas
zu offenbaren, was er nicht schon lange weiß. Dieser Auf-
fassung ist auch der französische Genosse Mahéras, der in
der Journal-Revue „Le Populaire“ über das Geheimkomitee
und die Budgetabstimmung schreibt. Er behauptet, daß die
jenigen Franzosen, die gründlich lesen und das Gelesene
methodisch nachdenken, alles, was im Geheimkomitee vor-
gebracht worden sei, gekannt hätten. Für wen war dann aber
diese Geheimnisthämerei berechnet? Für die Dummen, die den
Gang der Dinge nicht verfolgen und nicht verstehen, Schlüsse
aus ihnen zu ziehen? Vielleicht! Aber hauptsächlich wollte
man wohl vermeiden, daß das französische Volk über die
Fehler der Regierung unterrichtet wurde und über das, was
die Gegner Frankreich seit Kriegsbeginn unternommen haben.
Man ruft im Parlament — nicht nur in Frankreich — wenn
Kritik geübt werden soll, „Ihr informiert den Feind“, aber die

Meute will — wie Mahéras sagt — die Stimme übertönen,
die das Volk unterrichtet will.

Das Geheimkomitee mußte einen Abschluß haben, also
eine Tagesordnung. Unsere Leser kennen sie. Aber wir er-
fahren jetzt noch interessante Einzelheiten über ihr Zusammen-
kommen. Die Tagesordnung war von der Fraktions-
mehrheit der französischen Sozialisten aus-
gearbeitet und von den anderen Fraktionen der Linken, zuletzt
von allen Fraktionen, nach mehrfachen Änderungen angenommen
worden. „Dann sagten unsere Führer der Mehrheit zu uns
„Votiert dieses“. Wir haben geantwortet „Rein“ und wir
haben nicht zugestimmt. Die lebhaftesten Protestationen haben
uns nicht dazu bringen können.“ Die Minorität stehe noch
auf demselben Standpunkt wie auf dem Nationalrat im April.
Deshalb konnte sie nicht die Tagesordnung annehmen.
38 Sozialisten stimmten am 22. Juni gegen das Ver-
trauensvotum, 49 stimmten dafür. Man werde sehen, daß
der 22. Juni ein glücklicher Tag für die Zukunft des Sozialis-
mus gewesen sei.

Aber dieselben Sozialisten, die gegen das Vertrauens-
votum stimmten, mit Ausnahme der drei: Raffin-Dugens,
Blanc und Brizon, haben die Kredite angenommen und die
Resolution, in der das begründet wurde. Warum stimmten
sie nicht mit der Opposition? Wir erfahren auch das, und
die Vorgänge, die sich abgepielt haben, sind bezeichnend für
die Wandlung, die sich allmählich, wenn auch nur sehr langsam,
innerhalb der französischen Fraktion vollzieht.

Etwa dreißig Genossen hatten eine im Namen der Minder-
heit aufgestellte Erklärung unterzeichnet. Sie legten sie am
14. Juni der Fraktion vor und forderten sie auf, sie zu der
ihren zu machen, indem sie gleichzeitig sagten, daß sie diese
Erklärung verlesen würden, wenn die Fraktion sie zurück-
weise. Die Erklärung bezog sich auf die Kriegführung und die
Kriegsziele.

Was sagten die Fraktionsführer? „Eine Erklärung zu
den Budgetwölfeln? Niemals im Leben! Schandtat!
Eine Erklärung über die Kriegführung und die Kriegs-
ziele? Niemals! Niemals! Noch schlimmere Schandtat!“

Drei Sitzungen hindurch dauerten die Debatten, während
derer alles in Bewegung gesetzt wurde, um die Minderheit
zum Verzicht auf eine Erklärung zu bewegen. Endlich
kapitulierte die Majorität. Sie legten eine neue Erklärung
auf, deren Text an verschiedenen Stellen durch die Minderheit
geändert wurde. Es war eine Arbeit der Mehrheit, aber in-
sofern ein Sieg der Minderheit, als sie die Fraktion ge-
zwungen hat, überhaupt eine Erklärung zu den Budget-
wölfeln, über Kriegführung und Kriegsziele zu geben.
Mahéras fügt noch hinzu, daß ihre charakteristischen Stellen
der Minderheitsklärung entnommen seien.

Die französische Minderheit hat also zweifellos einen Er-
folg davongetragen. Aber sie konnte nur dadurch zu ihm ge-
langen, daß sie einer Fassung zustimmte, die jedenfalls eine
Abschwächung der von ihr vorgelegten Erklärung be-
deutete. Leider kennen wir den Wortlaut dieser Minderheits-
klärung nicht und können deshalb keine Vergleiche an-
stellen. Wäre sie nicht erheblich von der schließlich allgemein
akzeptierten ab, so hätte die Mehrheit keine neue zu entwerfen
brauchen. (2)

Austritte aus der ungarischen Unabhängigkeitspartei.

Budapest, 10. Juli. (W. Z. B.) Graf Michael Karolhi
richtete an den geschäftsführenden Vizepräsidenten der Unabhän-
gigkeitspartei ein Schreiben, in dem er seinen Austritt aus der
Partei anzeigt und diesen eingehend begründet. Er sagt sowohl er
als auch seine Genossen hätten schon vor dem Kriege eine
Näherung in der auswärtigen Politik befolgt, wonach die Spannung
zwischen den europäischen Nationen gemildert und eine An-
näherung der einander gegenüberstehenden Mächtegruppen er-
möglicht würde. Er wünsche keine weitere Fortsetzung aus
dieser seiner Ueberzeugung abzuleiten, als daß ihn und
seine Freunde auch nicht der Schatten einer Verantwort-
lichkeit für den Ausbruch des Krieges treffen könne. Aus
diesem Grunde müsse er auch den Plan ablehnen, daß die
Opposition durch ihre Vertrauensmänner in irgendeiner Weise an
den Regierungshandlungen teilnehmen und dadurch ein Teil der
Verantwortung auf sie abgewälzt werden solle. Das Schreiben
weist sodann darauf hin, daß in der nächsten Zeit die Frage des
Friedensschlusses sowie der Integrität des Landes, ferner demo-
kratische und nationale Reformen auf die Tagesordnung kommen
würden, und schließt: Mein Gewissen gestattet mir nicht, daß ich in
Erledigung dieser mit uns Perz gewachsenen Fragen mich durch
eventuelle entgegenstehende Auffassungen lähmen lassen soll.
Aus der Unabhängigkeitspartei sind aus diesem Anlaß noch
drei Mitglieder ausgetreten. Die Partei zählt etwa 50 Mitglieder.

Politische Uebersicht.

Die Reichskanzler-Denkschriften im württembergischen Parlament.

Die Zweite württembergische Kammer besprach im Finanz-
auschuss u. a. die Frage des Welagerungszustandes.
Im Anschluß hieran kam es zu einer erregten Debatte. Ein
Vertreter der konservativen Partei kam auf die gegen den Reichs-
kanzler gerichteten Denkschriften zu sprechen und warf der Reichs-
regierung Mangel an größerer Voraussicht in der Politik vor.
Demgegenüber erinnerte der Ministerpräsident von Weizsäcker
in seiner Erwiderung auch an die von den Konservativen mit ge-
troffenen Vereinbarungen über den Burgfrieden, womit sich die
Ausführungen des konservativen Redners nicht vereinbaren. Für
die großen politischen Fragen, die er besprochen habe (U-Bootfrage
usw.), sei der einzelne Landtag nicht zuständig. Wenn der Ver-
treter des Reichskanzlers als Vertreter der Hochfinanz bezeichnet
werde, so laute die Antwort: „Das verbitte ich mir!“ Auch ihm,
dem Ministerpräsidenten, seien die anonymen Schmähchriften zu-
gehandelt worden; er sei erstaunt gewesen, wie man es wagen könne,
ihm eine Schrift wie die von diesem Junius alter zuzustellen. Er
frage, was denn diese Leute wollen? Die Unterstellungen, die in
ihren Angriffen gegen die Regierung enthalten seien, liefen auf
abfällige Volksverhöhnung hinaus. Der Redner des
Zentrums wandte sich in sehr scharfer Form gegen den konservativen
Vorstoß, der unverantwortlich sei in einer Zeit, in der die
Soldaten im Feld in den schwersten Kämpfen dem Tode ins Auge
sähen. Ähnlich sprach sich der Nationalliberale aus, worauf be-
schlossen wurde, diese reichspolitischen Fragen aus der Debatte des
Landtags auszuschneiden.

Die Steuerzuschläge in Bayern abgelehnt.

Die bayerische Kammer der Reichsräte hat bei
Beratung des Etats der direkten Steuern die Beschlüsse der Ab-

geordnetenkammer auf Staffeln der Einkommensteuerzuschläge
von 10 bis 50 Prozent abgelehnt, ebenso den Beschluß der Ab-
geordnetenkammer, die Regierung zu ermächtigen, die Ertrags-
steuern bei nicht mehr als 1500 M. Gesamteinkommen zuschlagfrei
zu lassen. Dagegen hat die Kammer beschlossen, Einkommen bis
zu 2100 M. zuschlagfrei zu lassen (die Abgeordnetenkammer hatte
Freilassung der Steuerstufen bis 1800 M. beschlossen) und im
übrigen dem Vorschlag der Regierung entsprechend einen gleich-
mäßigen Zuschlag von 80 Prozent zu erheben. Zugleich mit
wurde ferner dem Gesetzentwurf über Verlängerung der laufenden
Landtagswahlzeit bei Beratung des Etats der Postver-
waltung betonte der Referent von Haag den festen Willen des
Reichsrates, am bayerischen Posteserbat und an der eigenen
Briefmarke festzuhalten. Bei Beratung des Militäretats
wies der gleiche Referent darauf hin, wie in den großen blutigen
Kämpfen die bayerische Armee sich mit Ru, m bedeckte, und sprach
ihre den wärmsten Dank des Vaterlandes aus. — Die letzte Sitzung
des Reichsrates in dieser Tagung findet am Mittwoch statt.

Eine interessante Gründung.

Die „Welt am Montag“ teilt mit: Soeben hat der
„Reichsanzeiger“ die Gründung der Deutschen Nachrichten-
Verlagsgesellschaft m. b. H., der Herren Ulrich Kaufner
(früher Mitarbeiter der „Frankf. Zig.“, Verfasser eines Kriegsbuches
über Belgien), Möhling (der bekannte Schwerindustrie) und
Hieseler (Geschäftsführer von Lininger) bekannt gegeben. Wie wir
hören, schließt dem Unternehmen neben dem sozialdemokratischen
Schriftsteller Robert Brauer noch ein Baron Stempel an. Ein
eigenständlicher Zusatz will es, daß die neue Gesellschaft in demselben
Haus (Wilhelmstraße 87) domiziliert, in dem auch der unter so ge-
heimnisvollen Umständen ins Leben gerufene Deutsche National-
auschuß des Fürsten Wedel sein Heim hat.

Das tägliche Brot.

Oppens Stellung im Kriegsberührungsdamt.

Die kürzlich verbreitete Meldung, daß der Polizeipräsident von
Lodz, Geheimere Oberregierungsrat v. Oppen als Stellvertreter des
Präsidenten in das Kriegsberührungsdamt berufen worden sei, ist in
dieser Form nicht zutreffend. Eine Erweiterung des Vorstandes ist
nicht beabsichtigt. In dem Vorst. des Vorstandes vertreten den Präsi-
denten nach wie vor der Unterstaatssekretär im preußischen
Landwirtschaftsministerium Freiherr von Falkenhäuser, der General-
major Groener und der bayerische Ministerialdirektor Ritter
und Edler von Kraus. Der Geheimere Oberregierungsrat von
Oppen soll lediglich die Vertretung des Präsidenten innerhalb der
jenigen Geschäftsabteilungen führen, deren Leitung der Präsident
sich vorbehalten hat.

Kriegsministerium und Beschaffung von Arbeitskräften für die Ernte.

In diesen Wochen der zur Reize gehenden Vorräte ist es von
großer Bedeutung, die Heu- und Körnerernte rechtzeitig und sicher
einzubringen. Die wichtigste Reserve an Kräften bilden nach Lage
der Dinge die eingezogenen Mannschaften, zunächst des Inlands-
dienstes, in Notfällen und je nach Umständen auch des Feldheeres.
Das Kriegsministerium hat schon in den Erlässen vom 16. Februar
und vom 8. Mai weitestgehend entgegenkommen gezeigt. In einem
neuen Erlass vom 20. Juni werden die Maßnahmen zur Sicher-
stellung von Arbeitskräften noch weiter ausgedehnt. Den General-
kommandos wird empfohlen, außer den in den beiden ersten Erlässen
angegebenen Mitteln Unteroffizier-Schüler und -Vorführer,
Angehörige der Militärwaisenhäuser und von Deuten, die durch
Aufhebung der Grenzschutzformationen frei werden, für die rechtzeitige
und reifliche Einbringung der Ernte zu verwenden. Für die Beurteilung
sei zu berücksichtigen, daß jeder Mann in seinem eigenen Betrieb
am meisten leistet und daß es daher von wesentlichem Vorteil sei,
die Leute nach Möglichkeit an ihre heimische Arbeitsstelle zurück-
zuführen. Sollten sich in dieser Beziehung für einzelne General-
kommandos Schwierigkeiten ergeben, so empfiehlt das Kriegs-
ministerium, die Durchführung im Einvernehmen mit den Nachbar-
korps, selbst telephonisch oder telegraphisch aus Gründen der Zeit-
ersparnis, zu erleichtern. Sollten diese Maßnahmen allein nicht
ausreichen, so wird in solchen Notfällen zur Verhütung von
Arbeitsmangel ausnahmsweise die Kommandierung der
etwa notwendigen Arbeitskräfte anzuordnen sein,
nach Möglichkeit aber soll ohne diesen Weg durchzukommen versucht
werden. Auf alle Fälle darf nichts unterlassen bleiben, was
die vollständige Durchführung aller Arbeiten während der Erntezeit
sicherstellt.

Trocknungsanlagen.

Die „Mitteilungen des Kriegsberührungsdamts“ schreiben:
Die Städte Frankfurt und Darmstadt haben eine „Alles-
trocknungsanlage“ errichtet, beziehungsweise sich an deren
Herstellung beteiligt, um den Landwirten, welche die Städte mit
Weizen versorgen, Gelegenheit zur Trocknung ihrer durch die Witterung
und Humidität gefährdeten Erzeugnisse zu bieten.
Hier kommt insbesondere in Betracht die künstliche Trocknung
von nassem Getreide, mit oder ohne Palm, Rübenblättern mit
Köpfen, Rohblättern und später Kartoffelabfällen.
Die zur Errichtung einer „Allestrocknungsanlage“ erforderlichen
Mittel sind verhältnismäßig nicht hoch. Die Anlage wird auch in
Friedenszeiten rentabel bleiben und vor allem der Landwirtschaft
eine Sicherung gegen Unbilden der Witterung während der Ernte
bieten.

In vielen Fällen wird man auch stillliegende Betriebe (Ziege-
leien, Kalkbrennereien und andere Saisonbetriebe) mit geringen
Kosten mit der Allestrocknung versehen und auf diese Weise brach-
liegendes Kapital wieder ins Verdienen bringen können, wie denn
überhaupt gerade solche Saisonbetriebe sich besonders für Trocknungs-
anlagen, deren Hauptarbeitszeit in die Herbst- und Wintermonate,
also außerhalb der für die Ziegeleien in Betracht kommenden Jahres-
zeit fällt, eignen.

Es wäre dringend erwünscht, wenn die Großstädte Hand in
Hand mit den Landwirtschaftskammern die Errichtung von Trocknungs-
anlagen betreiben würden.

Letzte Nachrichten.

Italienische Flieger über der Schweiz.

Bern, 10. Juli. (W. Z. B.) Laut Mitteilung des Pressebureaus
des schweizerischen Armeeabtes hat ein Doppeldecker italienischer Na-
tionalität am Sonntag früh vom Comer-See kommend, schon wieder
schweizerisches Gebiet überflogen. Das Flugzeug hielt sich, von den
Schweizern lebhaft beschossen, freilich in sehr großer Höhe. Das
„Verner Tagblatt“ fragt anlässlich der nachgerade häufigen Abirung
italienischer Flieger, wie diese Grenzverletzungen möglich seien, da
der Zerkunftsort Como doch weit vom Kriegsgelände abliegt.

Vom U-Bootkrieg.

Haag, 10. Juli. (W. Z. B.) Der Dampftrawler „Sch. 108“
wurde, wie aus Jmuiden gemeldet wird, von einem deutschen Unter-
seeboot versenkt.

Jmuiden, 10. Juli. (W. Z. B.) Es wird gemeldet, daß der
Fischdampfer „Marie“, der sich auf der Fahrt nach Scheveningen
befand, neun Mann vom Dampftrawler „Neertruid“ an Bord
hat, der von einem Unterseeboot in den Grund geschossen wurde.

Gewerkschaftliches.

Eine Lehrzeit für weibliche Handlungsgehilfen?

Man schreibt uns aus Handlungsgehilfenkreisen: Die Zahl der weiblichen kaufmännischen Angestellten hat durch den Krieg gewaltig zugenommen. Auch in den Zweigen des Handelsgewerbes, die bisher noch den Frauen verschlossen waren (z. B. Bankgewerbe), hat die Handlungsgehilfin jetzt Einzug gehalten. Trotzdem ist das Angebot an weiblichen Arbeitskräften auch jetzt noch stärker als die Nachfrage. Das ist erklärlich. Die Zahl der jungen Mädchen und Frauen, die durch den Krieg gezwungen sind, einen Erwerb zu suchen, ist riesengroß. Da die Beschäftigung in den Verkaufsläden, in den Lägern und Kontoren in der Regel keine großen Anforderungen an die Körperkräfte stellt, so wendet sich ein großer Teil der Beschäftigungsuchenden dem Handelsgewerbe zu. Gefördert wird diese Neigung allerdings noch durch die eifrige Reklame vieler sogenannter Handelschulen, die den Arbeitssuchenden nach kurzer Schulzeit glänzende Stellen in Aussicht stellen.

Vor den Schnellkursen der privaten Handelsschulen kann nicht genug gewarnt werden. Sie können nicht halten, was sie in der Regel versprechen. Junge Anfängerinnen im Handelsgewerbe werden größtenteils sehr schlecht bezahlt. Wer schnell viel verdienen will oder muß, wird gerade im Handelsgewerbe große Enttäuschungen erleben.

Um den Zustrom zum Handelsgewerbe abzustoppen, wird in letzter Zeit vielfach die Einführung einer längeren Lehrzeit für weibliche Angestellte empfohlen. So haben sich kürzlich selbst kaufmännische Vereine für weibliche Angestellte in dieser Richtung ausgesprochen. Das ist aber ein völlig ungeeigneter Weg, zu besseren Verhältnissen im Handelsgewerbe zu kommen. Heute ist es Regel, daß der männliche Angestellte eine mehrjährige Lehrzeit durchmachen muß. Während dieser Lehrzeit erhält er eine äußerst geringe Entschädigung von seinem Prinzipal. Dabei ist es bei der auch in den Kontoren, Lägern und Verkaufsstellen durchgeführten weitgehenden Arbeitsteilung fast unmöglich, dem Lehrling eine ordnungsmäßige Ausbildung zuteil werden zu lassen. Eine immer größere Rolle spielt die theoretische Ausbildung, die die jungen Leute in den Fortbildungsschulen erhalten. Der Lehrling ist auch für die Unternehmer im Handelsgewerbe im wesentlichen eine billige Arbeitskraft. Besonders in Zeitverhältnissen, wie wir sie jetzt durchleben, ist es dringend erforderlich, darauf hinzuwirken, daß die Entschädigung, die der Lehrling erhält, seiner Arbeitsleistung angepaßt wird.

Die jugendlichen weiblichen Angestellten werden häufig nach Abolvierung eines kürzeren oder längeren Lehrganges in einer Handelschule für irgendeine bestimmte Tätigkeit zu verhältnismäßig schlechten Gehältern angestellt. Der praktische Nutzen, den diese Anfängerinnen aus ihren Lehrkursen ziehen, ist meist nur sehr gering. Es kommt ganz auf die Geschicklichkeit, das Auffassungsvermögen, den Fleiß und die Ausdauer an, wenn eine Angestellte allmählich ein auskömmliches Einkommen erreichen will. Oft erweist sich aber für die weiblichen Angestellten als ein Vorteil, wenn sie keine langfristigen Lehrverträge abgeschlossen haben. Sie sind durch Stellenwechsel in der Lage, Gehaltsverbesserungen durchzusetzen. Es ist deshalb auch ganz verständlich, wenn die Unternehmer es immer mehr versuchen, diesen Zustand zu beseitigen. Die Angestellten haben aber gar keinen Grund, den Unternehmern dabei zu helfen. Durch den Abschluß eines langfristigen Lehrvertrages wird die Tätigkeit, die die jugendliche Angestellte auszuüben hat, nicht berührt. Mit oder ohne Lehrvertrag wird der Unternehmer versuchen, aus der Angestellten herauszuholen, was irgend möglich ist. Ist die Angestellte geschickt, so wird sie nach und nach immer wichtigere Arbeiten zu erledigen haben. Sie wird dann auch etwas lernen. Ist dies nicht der Fall, so wird man sie immer mit untergeordneten Arbeiten beschäftigen, ob sie einen Lehrvertrag hat oder nicht. Ohne Lehrvertrag ist die Angestellte aber in der Lage, immer ein ihren Leistungen entsprechendes Gehalt durchzusetzen.

Auf diese Weise wird verhindert, daß die jugendlichen Angestellten die älteren, tüchtieren Arbeitskräfte verdrängen, wie es heute vielfach der Fall ist. Lehrlingszuchterei ist schon immer ein bequemes Mittel gewesen, die Geschäftskosten zu verringern. Die Angestellten, besonders aber auch die weiblichen Angestellten, haben gar keine Ursache, diese Lehrlingszuchterei zu fördern. Das Bestreben muß vielmehr dahin gehen, allgemein eine bessere Bezahlung der jugendlichen Arbeitskräfte auch im Handelsgewerbe zu erreichen. Ein Weg dazu ist nicht die allgemeine Einführung der Lehrzeit, sondern der gewerkschaftliche Zusammenschluß.

Deutsches Reich.

Gegen den neuen Eisenbahnerverband.

Die Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat die Leiter der in allen Farben schillernden gegnerischen Eisenbahnerverbände stark beunruhigt. Die Herren fürchten nicht mit Unrecht die Tätigkeit und Werbestraft einer wirklichen Arbeiterorganisation und entwickeln plötzlich einen merkwürdigen Eifer bei der Propaganda für ihre Vereine. In welcher Weise sie den Kampf gegen die Interessen der Eisenbahner zu führen gedenken, zeigt das Vorgehen des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonalverbandes in Sachen und speziell in Leipzig. Die Leiter dieses Verbandes hatten sich — nachdem durch den Druck der Verhältnisse die Fesseln für die Eisenbahnarbeiter etwas gelockert waren und ihnen das Lesen der sozialdemokratischen Presse und der Beitritt zur politischen Organisation nicht strengt gemacht wurde — an die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen gewendet und sich schriftlich befähigen lassen, daß die Generaldirektion gegen einen etwaigen Eintritt sächsischer Staatseisenbahnbediensteter in den Süddeutschen Verband keine Bedenken erhebe. Ausgerichtet mit dieser ganz überflüssigen Befähigung sollte nun der Mitgliederfang im großen beginnen. Das Betriebspersonal in Leipzig wurde zum 6. Juli zu einer Versammlung eingeladen, in der der Gauleiter des Süddeutschen Verbandes in Baden, namens Schwall, dem Deutschen Eisenbahnerverband Abbruch tun sollte.

Es kam aber anders. Reten etwa 200 Eisenbahnarbeiter hatte sich auch der Leipziger Vertreter des neugegründeten Verbandes, Genosse Sängler, eingefunden. Alle Versuche, ihn zu entfernen, weil er nicht im Eisenbahnbetrieb beschäftigt ist, scheiterten an dem Willen der Versammelten, die gegen den Willen des Herrn Schwall beschlossen, Sängler zuzulassen. Dieses Resultat ihrer Bemühungen schien den Veranstalter den Mut etwas genommen zu haben. Man unterhielt sich zunächst über die Verhandlungen mit dem sächsischen Finanzministerium wegen einer Teuerungszulage. Die gemachten Zugeständnisse wurden in der Debatte als völlig ungenügend bezeichnet. Aber der Verleümler meinte, der Arbeiterausschuß habe leider keinen Einfluß; man müsse eben nehmen, was die Regierung gebe. Da sich die Disziplin bereits bis 1/11 Uhr hingezogen hatte und es den Anschein erweckte, als ob der eigentliche Zweck der Versammlung überhaupt bereit werden sollte, nahm Sängler das Wort. Er schilderte die mißliche Lage der Eisenbahner und führte ihnen vor Augen, daß sie nur dann Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse gewinnen können, wenn sie sich einer wirklichen Arbeiterorganisation, dem

Deutschen Eisenbahnerverbande, anschließen. Diese Auffassung war aber nicht nach dem Geschmack der Versammlungsleitung, die den Redner am Weiterreden hindern wollte und wieder erst durch einen Beschluß gezwungen werden mußte, ihn bis zu Ende anzuhören. Sänglerlaubs Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nun erschien auch Herr Schwall auf dem Plan, um die freien Gewerkschaften zu verdonnern und besonders auf den Deutschen Transportarbeiterverband zu schimpfen. Seine Rede wurde gebührend eingeschätzt. Die Versammlungsredner erklärten sich fast ausnahmslos mit Sänglerlaub einverstanden und sprachen die Hoffnung aus, daß der Deutsche Eisenbahnerverband recht bald neue Verammlungen einberufen und sich der Sache der Eisenbahner energisch annehmen möchte.

Dieser Mißerfolg wird die Herren vom Süddeutschen Verband natürlich nicht abhalten, ihre eigenartige Agitationsmethode auch anderwärts zu erproben.

Die Hamburger Werftarbeiter beschäftigten sich seit einiger Zeit mit ihren Lohnverhältnissen. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 20 Proz. Am 8. Juli teilte die Vulkanwerk ihren Arbeitern mit, daß sie die Kriegsnormunterstützungen um 50 Proz. die Einstellungs-löhne um 8 Pf. und alle Stundenlöhne um 2 Pf. erhöhe. Die Kriegsnormunterstützung betrug bisher für Ledige 8 M. im Monat, für Verheiratete 6 M. im Monat und 2 M. für jedes Kind. Zu der angelegentlich bewilligten wird von den Werftarbeitern geltend gemacht, daß durchweg im Afford gearbeitet werde, so daß die Erhöhung der Stundenlöhne einer Lohnerhöhung nicht gleichkomme. Von den übrigen Werften ist bisher keine Entscheidung getroffen.

Ausland.

Zweihundert streikende Frauen.

In Buteaux in Frankreich streikten die Arbeiterinnen der Gewerkschaft Dion. Am 20. Juni wurde den Frauen plötzlich erklärt, daß der Stücklohn herabgesetzt werden solle. Es handelt sich, wie die „Humanität“ mitteilt, zum Teil um beträchtliche Reduktionen. So soll für die Operation, die bisher den Arbeiterinnen, die zwei Maschinen bedienen, mit 1,40 Frank bezahlt wurde, nur noch mit 0,75 Frank pro 100 Stück bezahlt werden. Die Arbeit, bei der eine Arbeiterin ebenfalls zwei Maschinen bediente, soll statt mit 1,40 Fr. nur mit 0,48 Fr. pro 100 bezahlt werden, dafür soll die Arbeiterin künftig drei Maschinen zugleich bedienen.

Die Frauen protestierten gegen diese unerhörten Vorschläge, indem sie sofort die Arbeit niederlegten. Als sie am Tag darauf zur Arbeit kamen, fragte man sie, ob sie in die Lohnreduktion einwilligten, und da sie verneinten, zwang man sie zum Verlassen der Fabrik. Nach verschiedenen Beratungen mit dem Kontrolleur stellten die Arbeiterinnen ihre Bedingungen: sie erklärten sich mit der neuen Anordnung, drei Maschinen zu bedienen einverstanden, verlangten aber, daß ihnen für die Arbeit von 10 1/2 Stunden am Tage ein Lohn von 6 Fr. und für die Nacharbeit von 11 Stunden 7 Fr. garantiert werde. Die Direktion machte Gegenvorschläge, die jedoch von den Arbeiterinnen nicht angenommen wurden. Die Frauen beschloßen einstimmig, im Streik zu verharren und sich mit dem Delegierten des Metallarbeiterverbandes zu beraten. Man darf auf den Ausgang dieses Arbeiterinnenstreiks gespannt sein. Jedenfalls ist es ein erfreuliches Zeichen für das erwachende Solidaritätsgefühl der Frauen, daß sie einstimmig in den Streik gegangen sind. Ein zweiter Bericht über die Angelegenheit in der „Humanität“ ist von Anfang bis zu Ende gestrichen worden.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Reichstagskandidatur.

In Schwarzenbel (Lauenburg) tagte am Sonntag eine Konferenz sozialdemokratischer Vertrauensmänner aus dem zehnten Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Herzogtum Lauenburg), um zur Kandidatenfrage Stellung zu nehmen. Es lagen vier Vorschläge vor. Rasch längerer Aussprache wurde zum Reichstagskandidaten für den Kreis Genosse August Winnig, Hamburg einstimmig bestimmt.

Der Kreis war bereits in den Jahren 1908—1907 durch die Sozialdemokratie im Reichstage vertreten, ging aber bei den Wahlen 1907 verloren. Bei der letzten Wahl im Jahre 1912 wurde der freisinnige Rechtsanwalt Dr. Geddyer mit 6807 gegen 8721 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Wirkungen des Krieges auf die Sparkassen.

Zu den Sparkassen, an denen die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse spurlos vorüberzugehen schien, gehörte bisher die der Stadt Köln. Der nun vorliegende Bericht über den April 1916 zeigt aber ein dunkler werdendes Bild. Die Einzahlungen verminderten sich im April gegen den Vormonat um 6376, die Rückzahlungen erhöhten sich um 6387. Der Betrag der Vereinzahlungen blieb um 1 274 874 M. unter dem Betrage der Rückzahlungen. Der Endbestand von 205 508 247 M. hatte sich gegen den Vormonat um 1 274 874 M. gegen den gleichen Monat des Vorjahres sogar um über 4 Millionen Mark vermindert. Auch die Schulsparkasse ist in ihrem Endbestande um 50 000 Mark zurückgegangen.

Soziales.

Zum Gesinderecht.

Die völlige Unhaltbarkeit der Gesindeordnung und insbesondere der Auslegung des § 77 derselben zeigte wieder einmal eine Gerichtsverhandlung. Angeklagt war vor dem Potsdamer Schöffengericht im Offizialverfahren der Reservarzt Koritowski wegen Mißhandlung eines Dienstmädchens, wurde aber unter einer mehr als auffallenden Begründung freigesprochen.

Dr. Koritowski ist Leiter des Waldsanatoriums Neubabelsberg. Er nahm am 1. Mai die 88jährige Frida Unger als Hausmädchen in Dienst. Am 8. Mai kam die U. von einem Ausgang nach Hause. Auf dem Bahnhof Neubabelsberg wurde sie vom Regen überrascht und auch Dr. Koritowski mußte den Regen abwarten. Er begab sich in den Wartesaal und ließ dort auch das Mädchen warten, mit dem er dann den Heimweg antrat. Er nahm die U. unter den Schirm. Unterwegs unterhielt er sich mit ihr. Nach der von ihr beschworenen Bekundung sagte er zu ihr, er glaube, daß sie sehr schön wäre. Dann erkundigte er sich, wie ihr früherer Herr gewesen sei und schließlich forderte er sie auf, auf sein Zimmer zu kommen. Nach vor der Tür frug er sie: Geht Du mit oder nicht? Von diesem Vorfall gab die U. der Frau des Dr. K. Kenntnis. Um sich zu rechtfertigen, rief Dr. K. die Unger in Gegenwart seiner Frau ins Zimmer. Die U. bestätigte den behaupteten Sachverhalt und hierauf ohrfeigte sie Dr. K. derart, daß ein Arzt die Wirkung der Schläge feststellen konnte. In der Hauptverhandlung schilderte der Angeklagte den Vorfall wesentlich anders. Er wies es von sich, daß er mit einer 88jährigen alten Jungfer sich einlassen wollte. Dazu habe er andere Gelegenheiten, denn die Reize des Mädchens könnten ihn nicht bestechen. Sie sei ihm sehr unympathisch gewesen. Er habe sie am 18. Mai in Gegenwart seiner Frau geprügelt, weil durch ihre Behauptung sein ehelicher Friede gefährdet worden sei. Natürlich habe er sie sofort hinausgeworfen. Gleichzeitig übernahm der Angeklagte die Rolle des Sachverständigen und bezeichnete die Unger als eine hysterische Person, die 8 Tage gebraucht habe, um die Sache zu ver-

arbeiten. Die Zeugin, die auf die Bedeutung des Eides eindringlich hingewiesen worden ist, versicherte, daß sie nur die reine Wahrheit sage, daß ihr wiederholt der Angeklagte Anträge gemacht und daß im Hause auch erzählt worden sei, daß er sich anderen Mädchen in ähnlicher Weise genähert habe. Er soll auch einmal mit einem Mädchen in der Badestube eingeschlossen gewesen sein. Der Anwalt stützte sich darauf, daß der Angeklagte selbst zugegeben habe, er hätte ihr ein paar hinter die Ohren gegeben, daß sie nicht wußte, wie ihr der Kopf stand. Er hielt auch die ausführliche Bekundung der Zeugin für durchaus glaubwürdig, zumal Dr. K. auch mit anderen in gärtliche Beziehungen getreten sein soll. Er beantragte wegen Körperverletzung — die Anwendung der Gesindeordnung könne nicht in Frage greifen — 30 M. Eventuell beantragte er die Vernehmung anderer Zeugen, wie sich sonst Dr. K. zu den Dienstmädchen benommen habe. Der Verteidiger des Angeklagten berief sich auf § 77, der dem Dienstherrn gestattet, wenn er gereizt worden sei, Scheltworte oder geringe Tätlichkeiten anzuwenden, ohne daß das Gesinde gerichtliche Genugtuung verlangen könne. Außerdem bezog er sich auf die sachverständigen Angaben des Angeklagten bezüglich der Hysterie der Zeugin. Das Schöffengericht folgte dem Angeklagten in seiner medizinischen Würdigung der Zeugin, hielt sie für eine nervöse Person, die sich das Gespräch zurechtgelegt habe und von ihrer Darstellung voll überzeugt sei. Nach ihrer geistigen Veranlagung sei sie nicht in der Lage, die Einzelheiten auseinander zu halten. Darum könne ihr beschworenes Zeugnis nicht als vollwertig angesehen werden. Der Angeklagte habe daher, durch sie zum Zorn gereizt, von seinem Herrenrecht Gebrauch gemacht und es liege darum keine Körperverletzung vor, denn er habe von seiner Befugnis aus § 77 der Gesindeordnung Gebrauch gemacht. Darum müsse er freigesprochen werden.

Ein seltsames Urteil! Das Gericht folgt dem Angeklagten als „Sachverständigen“ und nimmt an: Danach sei die Gemüthsstimmung hysterisch. Sie könne aber auch nach § 77 der Gesindeordnung nicht Genugtuung verlangen, da es dort heißt: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.“ Es ist bekannt, daß Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch nach seinem Wortlaut und nach der im Reichstag bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von der Regierung und von Abgeordneten ausgesprochenen Absicht jedes mittelbare und unmittelbare Züchtigungsrecht gegenüber dem Gesinde und damit auch den § 77 der Gesindeordnung aufgehoben hat. Allerdings steht ein im Jahre 1898 vom Minister des Innern erlassenes Reskript auf anderem Standpunkt und ihm ist teilweise die Praxis — mit Unrecht — gefolgt. Aber selbst wenn § 77 noch zu Recht bestände: worin liegt denn ein „ungehörliches Betragen“ des Mädchens insbesondere dann, wenn sie hysterisch war? Und seit wann sind ein „paar Ohrfeigen“, die die Wirkung haben, daß die Geohrfeigte nicht weiß, „wo ihr der Kopf steht“, eine „geringe Tätlichkeit“? Die Berufungsinstanz wird hoffentlich das seltsame Urteil korrigieren und die notwendige Sühne eintreten lassen.

Berichtszeitung.

52 000 Mark Geldstrafe.

Zu 52 000 M. Geldstrafe verurteilte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I den Metallwarenhändler Nathan Goldschmidt, der wegen Ueberschreitung der Höchstpreise angeklagt war.

Der Angeklagte hat, wie die Beweisaufnahme ergab, bei seinem Handel mit Altmetallen und Metallabfällen einen Jahresumsatz von etwa 8 Millionen Mark und einen Jahreserdbienst gehabt, der zwischen 80 000 und 80 000 Mark schwankte. Er hat in 20 Fällen bei Geschäften, die er mit vier hiesigen Firmen dieser Branche machte, in verschleierte Weise die Höchstpreise zu überschreiten gesucht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der sich in diesen schweren Tagen unbedeutende Geldgewinne habe erzielen wollen, sechs Monate Gefängnis und 30 050 Mark Geldstrafe, was etwa seinem Jahresverdienst gleichkommt, eventuell für je 15 M. einen Tag Gefängnis bis zum Höchstbetrage von 2 Jahren Gefängnis.

Prozeß Schiffmann.

Der seit zwei Monaten verhandelte Prozeß gegen den Grundstückspekulanten Schiffmann nähert sich seinem Ende.

Der Staatsanwalt Messerschmidt beantragte gestern gegen den Angeklagten fünf Jahre Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust. Im Namen der Gesamtverteidigung stellte Rechtsanwalt Dr. Galpert Beweisanträge zunächst zu der Frage der Auslieferung des Angeklagten, die der Justizminister seinerzeit im Jahre 1912 wegen anderer, als der zur Anklage stehenden Vergehen beantragt und dabei sich der Stellung weiterer Anträge bezüglich der Geschäfte mit der Vereinsbank vorbehalten habe. Ein solcher Auslieferungsvertrag sei aber nicht eingegangen. Das Gericht lehnte diese Anträge ab. Dann erhob der Verteidiger scharfen Protest gegen die gerichtsfällig vorgenommene Unterstellung, als hätte die Verteidigung den Prozeß verschleppt. Der deutsche Anwalt, so wurde ausgeführt, lenne keine andere Instanz als das Gewissen, das ihn verpflichte, das Interesse seines Klienten wahrzunehmen, ohne sich den Verhandlungsplan des Gerichts aufzudrängen zu lassen. Deshalb gehe ein Beweisantrag dahin, daß die Verteidigung, von sachlichen Motiven geleitet, nur mit gesetzlich zulässigen Mitteln für ihre Taktik hätte wirken wollen. Vom Gericht wurde der Inhalt dieses Beweisantrages als wahr unterstellt. Daraus stellte Rechtsanwalt Dr. Benix den Antrag auf formelle Aufhebung des nunmehr gegenstandslos gewordenen Beschlusses, durch den die Verteidigung zunächst angegriffen und mit dem Vorwurf der absichtlichen Verschleppung bedacht worden sei. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, gab Rechtsanwalt Dr. Alexander im Namen der Gesamtverteidigung die Erklärung ab, daß sie zur Wahrung der Standeswürde sich genötigt sehen, die Verteidigung in einem Verfahren niederzulegen, in welchem unter Verkenning der schwierigen Aufgaben der Verteidigung diese Ehrentätigkeiten ausgeübt werde. Als die Verteidiger den Saal verlassen hatten erklärte Schiffmann, ihnen nicht ein Opfer ihrer Ueberzeugung zumuten zu können und legte sein Schicksal in die Hände des Gerichts. Landgerichtsdirektor Geier beantragte hierauf die nächste Sitzung auf Mittwoch an.

Eingegangene Druckschriften.

Taschenatlas aller Kriegsschauplätze. 10 Bf. 2. Schwarz u. Co., Berlin S 14.
Gold und Frieden. 47 E. W. Hoffmann'scher Verlag, Berlin-Wilhelmsfelde.
Das Einmachen ohne Zucker. Herausgegeben vom Dessauer Hausfrauenverein. 20 Bf. Verlag G. Dünhaupt, Dessau.
Rikonen, Wunder und geistige Unterredungen eines Zeitgenossen. 50 Bf. E. Schmidt, Reichenbach.
Das Militärverordnungsrecht. Von M. Wam. 3 M. Verlag: Kameradschaft, Berlin W 35.
L. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vornwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Cramer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbll.

Mittwoch, den 12. Juli: Zahlabend in Groß-Berlin.

Aus Groß-Berlin.
Serienspiele.

Die Sommerferien haben begonnen. Freudestrahlend haben die Kinder die Schule verlassen, froh, des lästigen Schulzwanges für volle fünf Wochen ledig zu sein.

Die große Masse der Stadtbewohner ist nicht in der glücklichen Lage, und viele sehen den Ferien mit Sorge entgegen.

Was wird aus unseren Kindern? ist die bange Frage. Sie sich vielen Müttern aufdrängt, die selbst außer dem Hause für den Unterhalt der Familie sorgen müssen.

Die Kinder sind sich selbst überlassen und den Gefahren der Straße preisgegeben. Zur Sorge um den Gatten und Vater, der im Felde steht, kommt noch die Sorge um die Kinder.

Gegen diese Gefahren und Sorgen gibt es ein Mittel: Daß eure Kinder an den Ferienspielen der Stadt Berlin teilnehmen. Sie befinden sich dort in guter Obhut, es wird für sie gesorgt, sie werden gepflegt und sind den ganzen Tag in frischer Luft.

Seit mehr denn 10 Jahren hat die Stadt Berlin, dem Rat und Drängen unserer Vertreter im Stadtparlament, insbesondere unseres Genossen Vorgmann, folgend, die Einrichtung der Ferienspielfläche getroffen.

Aus kleinen Anfängen hervorgehend, hat sie bald das Interesse der Jugend und der Eltern in immer höherem Maße erworben, so daß die Stadt immer mehr Plätze einrichten konnte und in diesem Jahre der achte große Platz in der Wuhlheide eröffnet wurde.

Allen Eltern kann gar nicht dringend genug geraten werden, ihre Kinder an diesen Ferienspielen teilnehmen zu lassen. Für die, welche den geringen Betrag für Fahrgehd nicht abstoßen können, ist durch vermehrte Ausgabe von Freikarten nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Man muß die glänzenden Augen der Kinder, ihre freudige Erregung in Erwartung der Elektrischen oder der Eisenbahn zur Beförderung nach den Plätzen gesehen haben, um zu verstehen, was die Stadt Berlin hier durch diese Einrichtung Großes und Schönes für unsere Jugend geschaffen hat.

Endlich kommt der erste Wagen. Er wird von den glücklichen Kindern im Nu besetzt. Wagen folgt auf Wagen, doch immer warten noch Hunderte der Beförderung.

Die Beaufsichtigung, Einteilung und Beförderung stellt an die Lehrer und Lehrerinnen, die sich in liebevoller, anerkennenswerter Weise dieser Aufgabe widmen, große Anforderungen. Aber mit Ruhe, Umsicht, Liebe und Rücksicht waltet jeder seines Amtes.

An der Haltestelle angekommen, geht es zu zwei oder drei im Zuge nach dem Platze, — nach jedem Platze ist noch ein Stück zu Fuß zurückzulegen, — in fröhlichster Stimmung und munterem Geplauder.

Auf dem Platze verteilt sich die Schar sofort nach allen Richtungen. Jedes, oder richtiger immer mehrere Kinder zusammen suchen sich ein geeignetes Plätzchen, und in kürzester Frist sieht man Felte entstehen. Erstaunlich ist, was die Kinder alles mit herauschleppen und wie sie es verwerten. Man sieht es ihnen an, hier sind sie in ihrem Element, hier fühlen sie sich wohl.

Unter Aufsicht der Spielleiter und Leiterinnen wird in größeren Gruppen gespielt. Doch ist zur Teilnahme nicht jedes Kind verpflichtet. Rein, ungezwungen, ungebunden sollen sie sich hier ausleben, jedes Kind auf seine Art. Und so sieht man denn alle Arten von Spielen, vom Indianer- und Kriegsspiel bis zum harmlosen Geplauder und Reigenspiel.

Es ist Mittag. Platzweise treten die Kinder wieder an, mit Näpfen, Töpfen und Tassen. Die Maggifupe, von den Kindern stets gern genommen, wird verteilt. Daß sie gut schmeckt, sieht man an den vielen Nachforderungen. So manchem Kinde wird das Töpfchen nochmals gefüllt. Dann ist Mittagbrühe und Zeit zum freien Spiel bis zur Kaffeegabe.

Wenn nach dem Kaffee das Spiel wieder einsetzt, schiebt alles wieder auseinander und gruppiert sich zum Spiel. Gegen 6 Uhr gehts zum Aufbruch. Gruppenweise, nach den Sammelplätzen, kennlich durch eine Fahne, geordnet, ziehen sie zurück nach der Haltestelle. Jeder Transport wird durch

einige Lehrer und Lehrerinnen begleitet und unter ihrer Aufsicht nach der Abfahrtsstelle vom Morgen zurückgebracht. Daß es den Kindern gut gefallen hat, hört man schon von weitem an ihrem fröhlichen Gesang. Lustig, fröhlich, wenn auch müde, trennen sie sich mit dem Versprechen und Verlangen, das aus ihren Augen leuchtet: „Morgen kommen wir wieder!“

Lebensmittelfragen.

Der Groß-Berliner Arbeitsauschuss beschäftigte sich gestern mit einigen Fragen der Lebensmittelversorgung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die bisherigen Preise für Süßwasserfische die Berliner Verhältnisse nicht hinreichend berücksichtigen, da hier der Zwischenhandel mit besonders hohen Unkosten zu rechnen hätte.

Der Arbeitsauschuss beschloß ferner durch Verordnung für Groß-Berlin vorzuschreiben, daß die Lebensmittelgeschäfte bis 8 Uhr abends und soweit polizeilich gestattet, bis 9 Uhr geöffnet halten müßten, damit dem Bedürfnis der arbeitenden Bevölkerung nach Arbeitslohn, Lebensmittel einzukaufen, besser genügt werden könnte.

Im Anschluß an verschiedene Klagen über das hohe Gewicht des Buttereinwickelpapiers wurde in Aussicht genommen, die Butter nach Nettogewicht in Zukunft abgeben zu lassen und dem Händler für das Einwickelpapier ein ganz geringes Entgelt zuzulassen.

Der Massenspeisung erster Tag.

Der Magistrat berichtet: Trotz des gewaltigen Zuspruchs zur Volksspeisung hat sich der Verkehr an allen Speiseausgabestellen im allgemeinen gut abgewickelt. Obwohl an jeder Ausgabestelle eine ausreichende Menge an Essen geliefert worden ist, mag es vielleicht vorgekommen sein, daß einige Personen, allerdings aber nur sehr wenige, ihr Essen nicht erhalten haben.

Änderungen der Lotterieliste.

Die Lotterielisten, die in den Berliner Zeitungen über die Ziehungen veröffentlicht werden, werden in Zukunft die Nummern der gezogenen Freilosse (Einsätze) nicht mehr enthalten, sondern sich auf die Gewinnsumme von 500 M. aufwärts beschränken.

Großer Bankdiebstahl.

Um 146 000 M. in Wertpapieren bestohlen wurde eine hiesige Großbank von einem ihrer Beamten, einem am 18. August 1891 zu Berlin geborenen Fritz Stephan, der hier bei seinen Eltern wohnte. Der junge Mann war bei der Großbank seit Jahresfrist angestellt. Sein Verhalten gab zu irgend welchem Mißtrauen durchaus keine Veranlassung. Seine Dienstobliegenheiten erfüllte er regelmäßig und ordentlich.

Die Diebstähle in den Laubenzolonien

haben einen bedenklichen Umfang angenommen. Schon immer ist hier zur Nachtzeit und selbst am Tage gestohlen worden, aber niemals war der Schaden so groß wie jetzt. Kein Koffler, kein Kaminid, kein Fuhrn ist sicher. Manche Diebe treiben die Frechheit so weit, daß sie einen Stall nach dem anderen ausbrechen und ganze Säcke voll Kleintiere, das an Ort und Stelle geschlachtet ist, fort-schleppen.

Todessturz aus dem vierten Stockwerk.

Durch einen Sturz aus dem Fenster seiner Wohnung hat am gestrigen Montagmorgen der 31jährige Bahnarbeiter Albert Hoffmann aus der Emser Straße 26 in Neukölln seinem Leben ein Ende

gemacht. Hoffmann war seit langer Zeit krank und sein Leiden verschlimmerte sich immer mehr, so daß er schwermütig wurde. In einem Anfälle von Schwermut stürzte sich Hoffmann gestern früh gegen 5 Uhr kopfüber aus dem Fenster seiner im vierten Stockwerk des Duergebäudes gelegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab. Er erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er auf der Stelle starb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Eiferjuchstat. Verhaftet wurde gestern früh der 22 Jahre alte, aus Lodz stammende Arbeiter Maximilian Karoleczak, der in der Markussr. 51 wohnt. Er unterhielt ein Liebesverhältnis mit der 18 Jahre alten Arbeiterin Josefa Wielawski aus der Breslauer Straße 5, die dort im 4. Stock des Vorderhauses eine Küche inne hat. Gestern abend kam es zwischen beiden in einer Schankwirtschaft zu einem Zwist, als Josefa Wielawski hörte, daß Karoleczak in Lodz schon verheiratet sein soll.

Aus dem Neuköllner Schiffahrtskanal wurde in der Nähe des Grundstücks Köllnisches Ufer 50/51 die Leiche eines 20jährigen Mädchens gelandet, dessen Persönlichkeit bisher nicht ermittelt werden konnte. In der Nacht zum 5. Juli ist nach den Bekundungen mehrerer Augenzeugen ein junges Mädchen in den Kanal gesprungen und trotz sofort unternommener Rettungsversuche ertrunken.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin geht mit der Einrichtung einer eigenen Schweinezucht und Schweinemästerei im Anschluß an die großen Veeltiger Heilstätten vor. Die Vorarbeiten sind bereits in vollem Gange, die Pläne liegen den Behörden zur Genehmigung vor. Bei dem Mangel an freien Arbeitskräften sind die Ausrobdungsarbeiten auf dem Baugelände von den im Lazarett befindlichen Soldaten gegen volle Lohnzahlung ausgeführt worden.

Aus den Gemeinden.

Verkauf städtischen Gemüses in Charlottenburg.

Der Kleinverkauf des auf städtischem Gelände angebauten Gemüses in Charlottenburg findet in der Stadtgärtnerei am Neuen Fürstendammweg statt, und zwar werktäglich von 7—11 Uhr vormittags und von 4—7 Uhr nachmittags. Trotz des lebhaften Betriebes vollzieht sich der Verkauf ohne Störungen. Die zum Verkauf kommenden Gemüsearten werden erst kurz vor Abgabe an die Käufer geerntet, so daß die Ware in ganz frischem Zustande geliefert werden kann.

Abgabe von Hülsenfrüchten in Charlottenburg.

Mit der Abgabe von Hülsenfrüchten an die Einwohner Charlottenburgs beginnt der dortige Magistrat am Freitag, den 14. Juli. Von diesem Tage ab bis einschließlich Sonnabend, den 22. Juli, erhält jeder Charlottenburger Einwohner gegen Abgabe des Abschnitts 2 seiner Nahrungsmittelkarte in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften 1/2 Pfund Erbsen oder Bohnen zum Preise von 44 Pf. für das Pfund. Der Abschnitt 1 der Nahrungsmittelkarte bleibt bis Sonnabend, den 15. Juli, gültig und kann zum Bezug von 1/2 Pfund Teigwaren (Rudeln und Nallaroni) verwendet werden.

Massenspeisung in Neukölln.

Zur Durchführung der Massenspeisung beabsichtigt die städtische Verwaltung neben der bereits bestehenden Volksschule im Ausbaur der Berliner Kindl-Brauerei, Hermannstraße 214—219, zum Einnehmen und Abholen der Speisen noch folgende weitere Volksschulen einzurichten:

Schanklokal Karlsplatz, Weiserstraße 78, Laden; Anseebestraße 49, Gartenlokal von Felsch, und Canner Straße 46, Wailenhausgrundstück. Nur zum Abholen werden Küchen eingerichtet: Berliner Straße 86, 2. Hof Duergebäude, und Pannierstraße 18, Laden.

Der Preis für die ganze Portion in den Volksschulen — 1 Liter — beträgt 40 Pf. und für die halbe Portion — 1/2 Liter — 20 Pf. Ob für Kriegserkrankte und Kriegserwitwen eine Ermäßigung auf 80 bezw. 15 Pf. eintritt, wird später mitgeteilt werden.

Mit Ausnahme der Küche in der Canner Straße, welche voraussichtlich Mittwoch, den 12. d. Mts. eröffnet wird, werden die übrigen Küchen Ende dieses Monats in Betrieb genommen werden. Zur Feststellung der in den einzelnen Küchen herzustellenden Portionen werden diejenigen Einwohner, welche an der Massenspeisung teilnehmen wollen, erucht, sich in der Zeit vom 10. bis 15. Juli d. J. während der Dienststunden von 8 bis 7 Uhr nachmittags in den zuständigen Brotkommissionen in die dort ausliegenden Listen eintragen zu lassen. Bei der Eintragung ist die Anzahl der Portionen und diejenige Küche anzugeben, in welcher das Essen eingenommen beziehungsweise von welcher das Essen abgeholt werden soll.

Schwimmerfreibäder im Stadtbad Neukölln.

Wie im Vorjahre, so sollen auch in diesem Jahre während der großen Ferien die beiden Schwimmbäder im Stadtbad für die Gemeindefreier offen gehalten werden. Die Freibäder können an jedem Wochentage von 9—12 Uhr vormittags unentgeltlich benutzt werden. Außerdem wird 150 Schülern freier Schwimmunterricht erteilt. 800 schwimmkundigen Schülern wird während der Ferien die tägliche Benutzung der Schwimmhallen unentgeltlich gestattet werden. Später gelangen, auf das zweite Halbjahr verteilt, 8000 Einzelfreikarten für die Schwimmhallen zur Ausgabe.

Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde Steglitz.

Diese Frage bildete wieder den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand der letzten Gemeindevorstellung. Schaffe Josephin verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Tätigkeit der Gemeinde auf diesem Gebiet. Die Kartoffelnot sei leider noch nicht überwunden, doch sei begründete Hoffnung, daß bald eine durchgreifende Besserung eintrete.

Aus aller Welt.

„De Unfern“ werden es schon machen.

Ueber die Räte der Stadtbewohner macht man sich auf dem Platten Lande oft noch sonderbare Vorstellungen. Der „Rheinischer Post“ wird von einem Leser nachstehendes Erlebnis mitgeteilt: Bei einer Wanderung zwischen Starnberg- und Ammersee sprach ich dieser Tage mit einigen biederen Landleuten über die Nahrungsmittelversorgung der Städte.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Verein Arbeiter-Jugendheim. Freitag, den 14. Juli, pünktlich 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Jugendheim. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kagenstein über: „Jugendheim und Jugendbildung“.

Verteilung des Einmachezuckers in Friedrichsfelde.

Diejenigen Einwohner, die ihren Bedarf an Einmachezucker angemeldet haben, wollen sich zur Empfangnahme der Karten im Einwohnermeldeamt, Dönhofsstr. 81 (Karlshorst), melden.

Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim Köpenick.

Die in der Versammlung vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Herbst, Quisenbergstr. 25, Kattener: R. Nied, Grünauer Str. 7.

Raubmord in Lübeck. In Lübeck wurde Montag morgen die 70jährige, in einem abseits stehenden Hause allein wohnende Witwe Green ermordet aufgefunden.

Ein stillames Unglück. In der Nähe des Schlachthaus in Aca (Ungarn) fiel ein schwerer, morscher Baumast auf die elektrische Leitung und zerriß dabei die primäre und die sekundäre Leitung.

Riesenwaldbrand auf einer italienischen Insel. Die „Corriere della Sera“ meldet, brach in den großen Kastanienwäldern der Insel Salina, ungefähr 40 Kilometer von Stromboli entfernt, ein riesige Feuerbrunst aus.

Eine schwierige Rechtsfrage. Der kürzlich ums Leben gekommene englische Feldherr Lord Kitchener hat seinem Adjutanten Fitzgerald namhafte Legate hinterlassen.

Attentat auf den Präsidenten von Argentinien. Nach einer Meldung der Agence Havas gab am Sonntag nach der Truppen-schau ein Individuum, das erklärte, Anarchist zu sein, einen Re-

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einbezahl. 2. IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises. Am Freitag, den 7. Juli, verstarb unser Genosse, der Stellmacher Rudolf Parschat.

Als Opfer des Krieges fiel infolge einer feindlichen Granate am 26. Juni im Alter von 24 Jahren unser innigstgeliebter und bergensguter Sohn, Bruder, Neffe und Schwager Karl Dylewski.

Als Opfer des Weltkrieges starb an seinen Wunden, die er am 22. Juni erhalten, am 5. Juli im Refektorienlager mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager, der Musikleiter Georg Viebrantz.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz Alois Orgeldinger

Nervöse 1000 Störungen und Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Herzbeschwerden, Reizhaftigkeit, „Walbrament“ (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifikum der natürl. Heilgymnastik für die Nerven.

Verdienst möglichkeiten bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stellmacher Rudolf Parschat

Am Sonntag, den 9. Juli 1916, starb nach kurzem, schmerzlichen Leiden mein guter, lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Gehilfen Gustav Schötzick.

Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 5 Uhr, entschlief sanft mein innigstgeliebter Mann, unser bergensguter Vater Rudolf Wersig.

Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Gesellschaft für drahtlose Telegraphie und deren Angehörigen sowie dem Gesangsverein und Waldverein Marienpark und dem Holzarbeiterverband (Zahlstelle Berlin) für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank.

Die Zarengeißel. Sturmshreie aus hundert Jahren: Herausgegeben von Dr. Franz Diederich. In festem Umschlag gebunden 50 Pfennig.

Spezialarzt für Haut-, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schindeln, Beinfrakturen jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Epiph. 6-11, 1/2-3/4, Sonntag 11-2. Honorar mögl. a. Teilzahl. - Separates Damenzimmer.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 9. Juli verstarb unser Parteigenosse Rudolf Wersig.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Portier Franz Nitz

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz Rudolf Wersig

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Strapanden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters Karl Bollack

Spezialarzt Dr. med. Wöckenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Mars- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-222/6* störung, Teilzahlung. Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Blumen- und Krautbinderei von Robert Meyer, 3rd. J. Gollats, Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303. Reuters Werke Buchhandlung Vorwärts